

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Peltzelle oder deren Raum 40 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 130.

Donnerstag, den 6. Juni 1918.

25. Jahrg.

Das Tränenhaus.

Nicht von dem Tränenhaus spreche ich, nach dem Gabriele Reuter einen vielgelesenen Roman genannt hat und der das Elend schildert, in dem uneheliche Kinder zur Welt kommen, weil ihre Mütter sich vertriehen müssen vor dem lieblosen Urteil der Welt. Heute gibt es andere Tränenhäuser, und der Jammer und die Tränen, von denen sie erfüllt sind, sind unendlich trauriger, als alles was je an Jammer und Tränen geschildert worden ist. Fast jeder größere Ort hat jetzt solch ein Tränenhaus. Es ist das Haus, wo alle die aus- und eingehen seit Kriegsausbruch, die zu allem Leid, das sie tragen, noch die bittere Not erleiden, daß mit der Trennung von dem Gatten, dem Vater, dem Bruder die Sorge um das tägliche Brot über sie gekommen ist. Wer seit Kriegsbeginn in dem Haus beschäftigt ist, wer bei der Auszahlung der Unterstützungen hilft, der weiß, daß das Leid aus dem ganzen Orte zusammengetragen wird, daß die Flut der Tränen höher und höher steigt. Aber das Haus steht fest. Noch wanken die Mauern nicht, noch stürzen die Tragpfeiler nicht ein. Das Elend der Menschheit rührt die Steine nicht.

Im Anfang des Krieges, da hörte man noch Lachen und Mäandern. Die Frauen, es sind ja fast nur Frauen, die im Tränenhaus aus- und eingehen, setzten, daß ein alter Vater oder ein junger Sohn sich unter ihnen befindet, sie hatten die wahre Tragik des Krieges noch nicht erfasst. Wohl war der Abschied schwer gewesen. Aber mit klingendem Spiel waren die Feldgrauen hinausgezogen. Rosen trugen sie an den Helmen, Rosen an den Gewehren, selbst die totbringenden Kanonen waren mit Rosen geschmückt. Das war noch nicht der blutige Ernst, der, ach so bald, kommen sollte. Die Frauen sprachen, als ob noch Frieden wäre. So kamen die ersten Briefe aus dem Felde. Eine erzählte mit Stolz von der französischen Batterie, die ihr Mann ganz allein erobert hätte, eine andere von dem eisernen Kreuz, das der Sohn für seine Tapferkeit vor dem Feinde verliehen bekam. Dann kamen die ersten Lazarettzüge mit Verwundeten. Nun hörte man im Tränenhaus allerhand graußige Schilderungen: von ausgestochenen Augen, von abgeschnittenen Fingern erzählten sie, und die schon überpannten Nerven erlitten sich in glühenden Phantasien. Bald aber erschien die erste schwarzgekleidete junge Frau mit bleichem verweinten Antlitz und nun war es, als ob all die Frauen eine große Familie wären, die einen geliebten Toten verlor. Alle weinten sie miteinander, um eigenes Leid, um fremdes Leid, das eine jede treffen konnte. Immer mehr Trauernde kamen, immer mehr Tränen flossen.

Was haben wir alle erlebt an Herzeleid, die wir den Frauen helfen sollten. Wieviel Einbild taten wir in vernichtetes Glück. Was schneidet mehr ins Herz, der Jammer der alten Väter und Mütter, denen der Krieg in hoffnungslosen jungen Söhnen den Trost und die Stütze des Alters nahm? Alles haben sie hingegeben, alles entbehrt, damit die Söhne vorwärts kommen sollten. „Alle drei, alle drei“, schreit eine alte Frau wie irrsinnig, „auch mein Karl, der war doch erst siebzehn Jahre alt, den müßt Ihr mir wiedergeben.“ Arme Mütter, wir können ihn Dir nicht geben, wir können nur mit Dir weinen, denn trösten können wir Dich nicht. Oder ist der Jammer der jungen Frau größer, die immer wieder stöhnt: „Es kann doch nicht sein, ich kann doch nicht ohne ihn leben.“ „Du hast wenigstens Kinder.“ Klagt ein Mädchen neben ihr, der der Krieg den Bräutigam genommen hat, die niemand sonst auf der Welt hat und ganz gebrochen ist. „Nicht einmal begraben hat man ihn“, jammert wieder eine. „Ganz zerrissen hat es ihn, nichts ist mehr von ihm da, garnichts.“ „Hätte man mich nur hinfahren lassen.“ so klagte eine, der der Mann in einem Lazarett in Rußland gestorben ist. „Nicht einmal Abschied haben wir nehmen können und die Schwester hat geschrieben, immer hätte er nach der Tür geschaut, ob ich nicht komme.“ Jetzt kommen zu allem noch die Nahrungssorgen. Früher hatte man doch noch Vöckchen schicken können. Da gaben die Frauen einander gute Ratsschläge, wie man Wollschaf strickt, wie man Kriegsgelbes bäckt oder wo es besonders gute Zigarren gibt. Da wurden die Gedanken abgelenkt. Aber jetzt wird die Möglichkeit, Liebesgaben zu verschicken, immer geringer für die, die wenig Mittel haben. Und die Kinder machen soviel Sorge. Sie gehorchen nicht mehr, weil der Vater nicht da und die Mutter so viel vom Hause fort ist, um zu ordnen. Oder sie gedeihen nicht recht, weil die Mutter sie nicht recht pflegen kann. Gar manche war noch eine blühende junge Frau, als sie zum erstenmal das Tränenhaus betrat. Die Jahre der Sorge, der Not, des Jammers haben weiße Fäden ins Haar gezogen. Die Haltung ist müde, gebrochen, die Züge sind schlaff und vergrämt. Die vielen Tränen haben den Glanz der Augen geblichen. So sehen sie aus, die vielgeschmähten Kriegerfrauen, die angeblich herrlich und in Freuden leben von ihrer Unterstützung, und die sich dem Leichtsinn ergeben haben. Auch von solchen weiß das Tränenhaus zu erzählen. Aber wie verschwindend klein ist die Zahl. Was bedeutet ihr Lachen gegenüber dem Jammer der vielen vielen anderen. Und immer weiter fließen die Tränen. Ein Meer ist es, das sich mit dem Meer von Blut vermählt, das in diesem Kriege schon vergossen ist und noch vergossen wird. Die Flut steigt zum Himmel, aber das Tränenhaus wankt

nicht. Es wird noch stehen, wenn längst der Frieden gekommen ist. Hinführen aber soll man alle, denen der Krieg nicht lange genug dauerte, die von dem Stahlbad des Krieges sprechen. Wer in dem Tränenhaus aus- und eingeht, der hat der Menschheit ganzen Jammer kennen gelernt, der wird nie wieder wirklich froh sein können. Zu tief lebt ihm im Herzen die Erinnerung an das Tränenhaus.
Anna Bloss.

Die Kämpfe im Westen.

Ueber die Kämpfe am Dienstag unterrichtet folgende Wolff-Meldung:

Zeitweise lebhaftere Feuertätigkeit in der Gegend von Kemmel und bei Herris. Eigene Unternehmungen brachten östlich von Birzhoote, nördlich des Kemmel und westlich Schwere eine größere Anzahl Gefangener ein. Vom Nieppe-Walde bis Lens hielt zeitweise lebhafter Feuertampf an. Robeca, sowie die Schächte 1 und 3 von Noeux wurden in Brand geschossen. Südlich des La-Basse-Kanals und südlich Lens holte sich der Feind blutige Schläppen bei Teilverstößen, die er nach starker Artilleriebereiterung unternahm. Gefangene blieben in deutscher Hand. Auch in der Gegend von Albert, Bucquoy, Hebuterne und Beaumont wurden feindliche Patrouillen unter Verlusten abgewiesen. Chateau-Thierry wurde vom Feinde mit besonderer Heftigkeit beschossen. Infolge des starken Beschießens der Stadt war der Abzug der Zivilbewohner unmöglich. Unter der Bevölkerung traten starke Verluste ein. Während der schweren Niederlagen der Engländer in Flandern eilte Frankreich mit starken Kräften dem britischen Bundesgenossen zu Hilfe. Im Laufe der Kämpfe wurden 18 französische Divisionen in Flandern eingesetzt und weitere dort in Reserve gehalten. In den heißen Kämpfen, vor allem im Laufe der wiederholten Gegenangriffe haben die Franzosen dort auf schwerste für England geblutet. Die hilfswillige Unterstützung, die General Foch den geschlagenen Engländern leistete, schwächte jedoch in erster Linie seine Front. Die Folge hiervon war die blutige Niederlage der Franzosen zwischen Nisne und Marne, die auch hier wieder durch das Versagen englischer Truppen verhängt wurde. Jetzt, wo die französischen Stellungen in breiter Front durchbrochen wurden, hat noch keine einzige englische Division zur Unterstützung in den schweren Kampf eingegriffen. Die französischen Truppen, die sich an der britischen Front für England aufopfern, müssen hier allein die Last der Kämpfe und ungeheuren Blutopfer tragen.

In einer Woche begehnten die Deutschen während der Schlacht zwischen der Nisne und der Marne über 3000 Quadratkilometer feindlichen fruchtbaren Bodens mit zahlreichen Weisen, Obst- und Beimgärten; über 260 Ortschaften, darunter 15 Städte mit mehr als 1000 Einwohnern, fielen in deutsche Hand. In ihnen ist nur ein Teil der Bevölkerung zurückgeblieben. Der Rest, rund 75 000 Seelen, verließ seine Wohnstätten und floh über die Marne. Diese Flüchtlinge fallen der französischen Regierung zur Last, die sie unterbringen und versorgen muß.

Nach französischem Eingeständnis liegt ein großer Teil des Marneales unter deutschem Artilleriefeuer. Die Verbreiterung der deutschen Front an der Marne haben eine völlige Sperrung des Marneales verursacht. Nach dem „Journal de Paris“ liegt Compiègne unter vernichtendem Artilleriefeuer.

Der deutsche Abendbericht.

WIB. Berlin, 5. Juni. (Amtlich.)

An der Schlachtfrent ist die Lage unverändert.

Die generischen Berichte.

Fransösischer Bericht vom 4. Juni, nachmittags. Zwischen Nisne und Nisne machten die Deutschen, durch den gewaltigen Widerstand der Franzosen angehalten, keinerlei Fortschritte. Zwischen Nisne und Durcq wurde die Schlacht am Abend und in der Nacht mit großer Erbitterung fortgesetzt. Von sieben Uhr abends an fanden heftige Angriffe auf den Abschnitt Bernant-Saconin-Mijn-aux-Bois und Troesnes statt. Bernant fiel nach hartnäckiger Verteidigung in die Hände des Feindes. Der Angreifer erlitt hohe Verluste. Weiter südlich gaben die Franzosen westlich von Saconin und Mijnaux-Bois etwas Gelände auf. Haverolles wurde von den Deutschen angegriffen, aber ebenso wie Troesnes von den Franzosen besetzt. Der Kampf war in der Gegend südlich des Durcq nicht weniger heftig. Die Deutschen, von zahlreicher Artillerie unterstützt, richteten ihre Anstrengungen auf Nisne, Neuilly la Poterie, Torty und Bourlesche. Ein Gegenangriff gestattete den Franzosen Nisne wieder zu nehmen. Neuilly la Poterie war der Schauplatz heftiger Kämpfe. Das Dorf ging von Hand zu Hand und blieb schließlich in deutscher Hand. Amerikanische Truppen hielten den Vormarsch der deutschen Kräfte, die in den Wald von Neuilly einzudringen versuchten, an und warfen die Deutschen nördlich dieses Waldes in glänzenden Gegenangriff zurück. Weiter südlich konnten die Deutschen keinerlei Fortschritte machen. An der Marne-Front wurde ein feindliches Bataillon, das heimlich auf das linke Ufer übergegangen war, an der Höhe von Jaulgonne von Franzosen und Amerikanern im Gegenangriff auf das andere Ufer zurückgeworfen. Es erlitt schwere Verluste. Der Laufweg wurde zerstört. 100 Gefangene blieben in unseren Händen. Auf der übrigen Front keine Veränderung.

Fransösischer Bericht vom 4. Juni, abends. Im Laufe des Tages ließ die Tätigkeit des Feindes sichtbar nach und beschränkte sich nur auf einige örtliche Unternehmungen. Die feindliche Artillerie zeigte sich nördlich der Nisne und des Durcq und in der Gegend von Reims tätig. Nördlich Moulin-Jous-Louvent verbesserten unsere Truppen ihre Stellungen und gewannen etwas Boden. Den Deutschen ist es gelungen, vorübergehend in den Wald von Reg einzudringen, aber Gegenangriffe warfen sie sofort bis an den Saum zurück. An der übrigen Front keine Veränderung.

Fransösischer Bericht vom 5. Juni, nachmittags. Derliche Kämpfe dauerten gestern abend und während der Nacht an. Am Nordrande des Waldes von Carlepont wurden zwei deutsche Angriffe durch französische Maschinengewehre zum Stehen gebracht. Weitere Angriffssucht in der Gegend von Auresmes und Domme, sowie bei Corby scheiterten gleichfalls. Nördlich Corby gestattete eine durch Sturmwinden unterstützte Infanterieunternehmung den Franzosen ihre Linien zu verbessern. In den Wald rändern des Durcq trieben die Deutschen heftige Angriffe auf Chezy und südlich dieser Ortschaft vor. Die französischen Truppen brachen alle Infanterie und fügten dem Gegner ernste Verluste zu. Die Artillerietätigkeit dauerte sehr lebhaft nördlich der Nisne und in Gegend von Reims an.

Englischer Bericht vom 4. Juni, abends. Feindliche Streifabteilungen wurden während der Nacht in der Gegend Beaumont-Samel und Bogelles zurückgewiesen. Ein anderer Streifzug, vom Feinde nordwestlich des Kemmel-Berges versucht, wurde von französischen Truppen, die einige Gefangene dabei machten, vertrieben. Sonst ist von der britischen Front nichts zu melden.

Amerikanischer Bericht vom 4. Juni. In den Kämpfen nordwestlich von Chateau-Thierry bereiteten unsere Truppen einen feindlichen Vorstoß, südlich durch den Wald von Neuilly vorzubringen und trieben den Feind durch Gegenangriff bis nördlich dieses Waldes zurück. An der Marne-Front wurde ein deutsches Bataillon, welches den Fluss bei Jaulgonne überquert, von französischen und amerikanischen Truppen im Gegenangriff auf das rechte Ufer zurückgedrängt gezwungen. Es erlitt schwere Verluste an Toten und Gefangenen. In der Picardie und Lothringen Patrouillentätigkeit. In der Meuse beschossen wir die feindliche Stellung mit Gasgranaten.

Wilson drängt zur Eile.

Die „Daily Mail“ meldet aus Washington: Präsident Wilson richtete an die Gouverneure aller Bundesstaaten die dringende Aufforderung, angeichts der militärischen Lage an der Westfront die militärischen und wirtschaftlichen Maßnahmen Amerikas für die Alliierten möglichst zu beschleunigen.

Clemenceaus Sieg.

„Das Spiel geht mit Hilfe der Amerikaner weiter.“

Die Vermutung, es werde nicht zu den erwarteten Auseinandersetzungen über die Kriegslage in der französischen Deputiertenkammer kommen, hat sich bestätigt. Es liegt folgende Habasmeldung aus der Dienstausschuss vor:

Vor vollbelegtem Hause erklärte Clemenceau, die Interpellation über die militärische Lage nicht beantworten zu können. Er habe sich vor der Heereskommission ausgesprochen, könne aber gegenwärtig öffentlich nicht mehr sagen. Außerdem widerlegte er sich dem, daß sich die Kammer als Geheimkomitee konstituiere. Im Namen der Sozialisten hat Cochin Clemenceau, Erklärungen abzugeben, und verwahrte sich gleichzeitig gegen jeden Gedanken von Feindseligkeiten, denn es handle sich um das Wohl des Vaterlandes. Clemenceau wiederholte, daß es ihm unmöglich sei, nach Verlauf von sechs Tagen Schlacht Erklärungen über die militärische Lage abzugeben. Die Unternehmung über die Verantwortlichkeit sei im Gange; er werde aber nicht die Feigheit begehen, Maßregeln gegen die Führer zu ergreifen, die sich um das Vaterland verdient gemacht hätten.

Clemenceau sagte in seiner Rede weiter: Der Abfall Rußlands erlaube den Deutschen, 200 Divisionen gegen uns zu werfen. Der Augenblick ist fürchtbar, aber der Heldennut der Soldaten ist der Lage gewachsen. Unsere Soldaten kämpfen einer gegen fünf. Clemenceau versprach dann die militärischen Führer, besonders Foch und Petain. Er fuhr dann fort: Ich versichere, Foch besitzt das Vertrauen der Verbündeten. Der Kriegsrat von Versailles beschloß außerdem, ihm öffentlich seine Anerkennung auszusprechen. Die Deutschen stürzen sich in ein Abenteuer. Wir weichen allerdings zurück, werden aber niemals kapitulieren. Wenn Sie entschlossen sind, bis zum Ende zu gehen, ist der Sieg unser. Die deutsche Taktik versucht, uns zu schrecken. Es wird ihr nicht gelingen. Die Amerikaner kommen. Die Streitkräfte der Franzosen und Engländer erschöpfen sich, diejenigen der Deutschen übrigens auch. Das Spiel geht mit Hilfe der Amerikaner weiter. Unsere Verbündeten sind entschlossen, den Krieg bis zum Ende zu führen. Wir werden den Sieg erringen, wenn die öffentlichen Gewalten auf der Höhe sind. Clemenceau schloß: Wenn ich meine Pflicht nicht getan habe, so jagen Sie mich davon. Wenn Sie mir Ihr Vertrauen schenken, so lassen Sie mich das Werk der Toten vollenden.

Am Schluß der Kammer Sitzung bestanden mehrere Abgeordnete auf die Festsetzung eines nahen Termines zur Erörterung der Interpellationen über die militärische Lage. Clemenceau verweigerte jede Festsetzung der Debatte und

stelle die Vertrauensfrage. Man schritt zur Abstimmung über die Vertagung auf unbestimmte Zeit, welche die Regierung forderte. Sie wurde mit 377 Stimmen dafür und 110 Stimmen dagegen angenommen.

Die Mehrheit, auf die Clemenceau sich stützt, ist die gleiche wie seit Beginn seiner Amtszeit und seine Argumente sind auch die gleichen geblieben. Es sind die Argumente fast aller Franzosen. Sie trauen den Deutschen keine entscheidende Schlagkraft zu und bauen auf die unermessliche Hilfe Amerikas. Auch die Sozialisten sind solcher Hoffungslosigkeit nicht abgeneigt, ihr Mißtrauen gegen Clemenceau entspringt wesentlich innerpolitischen Gründen. Es wäre daher jetzt verfehlt, auf einen Stimmungsumschwung in Frankreich zugunsten sofortigen Friedens zu rechnen; die bisherigen militärischen Ereignisse reichen dazu jedenfalls noch nicht aus.

Der „Oberste Kriegsrat“ ist voll Vertrauen.

Aus London wird folgende amtliche Kundgebung veröffentlicht: Der Oberste Kriegsrat hat seine letzte Sitzung abgeschlossen unter Umständen, die für den Verlauf der freien Völker sehr ernst sind. Die deutsche Regierung, durch den Zusammenbruch der russischen Armee von jedem Druck an der Front befreit, hat alle ihre Kräfte im Westen versammelt. Sie versucht jetzt, eine Entscheidung in Europa zu erzwingen, indem sie eine Reihe vorwärtiger, teuer bezahlter Angriffe auf die alliierten Armeen unternimmt, bevor die Vereinigten Staaten ihre volle Kraft zweckmäßig zu entwickeln in der Lage sind. Die großen Vorteile, die der Feind durch seine strategische Lage und durch die großen Gelegenheitsmöglichkeiten besitzt, haben ihm erlaubt, einige Anfangserfolge zu erringen. Er wird seine Angriffe zweifellos wieder aufnehmen. Die Alliierten können nach kritischen Tagen erleben. Nach Erwägung des Gesamtszustandes ist der Oberste Kriegsrat zu der Überzeugung gekommen, daß die Alliierten die Prüfungen, welche die kommende Campagne ihnen auferlegt, mit derselben Tapferkeit tragen werden, die sie bisher stets bei der Verteidigung des Rechts gezeigt haben und daß sie den Plan des Feindes vereiteln und ihm nach Verlauf einiger Zeit zur Unterwerfung zwingen werden. Alles, was möglich ist, wird getan werden, um die Armeen im Felde zu erhalten und zu stärken. Die Maßnahmen über die Einheit des Kommandos hat die Lage der Armeen wesentlich verbessert und wurde schnell durchgeführt. Der Oberste Kriegsrat hat volles Vertrauen zu General Foch und ist stolz auf die Tapferkeit der alliierten Truppen. Dank der sofortigen Unterstützung durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten werden die Maßnahmen, die vor mehr als zwei Monaten begonnen sind, bezüglich des Transports und der Einverleibung der amerikanischen Truppen es dem Feinde unmöglich machen, den Sieg zu erringen. Der Oberste Kriegsrat ist voll Vertrauen auf das Endergebnis. Die alliierten Völker sind fest entschlossen, keine einzige freie Nation dem Despotismus Berlins zu opfern. Die Armeen der Alliierten befinden denselben Mut, den sie bei früheren Gelegenheiten in die Lage versetzte, die deutschen Angriffe abzuschlagen. Wir werden mit Vertrauen und Geduld durchhalten, um den Sieg und die Freiheit der Welt zu sichern. Die freien Völker und die tapferen Soldaten werden die Kultur der Welt retten.

Die Deutschen haben also „einige Anfangserfolge“ errungen, aber trotzdem können nach „kritischen Tagen“ kommen. Der Oberste Kriegsrat der Alliierten gibt damit also die Möglichkeit eines weiteren Vordringens der Deutschen zu. Die einzige Hoffnung der Alliierten sind nur noch die Amerikaner; mit ihrer Hilfe soll der Kampf um die Verteidigung des Rechts, gegen den „Despotismus in Berlin“ aufgenommen werden. Wenn es nicht so bitter ernst wäre, möchte man über diese immer wiederkehrenden Lebensarten lächeln. Die wollen das Recht verteidigen, die selbst tagtäglich das Recht in brutaler Weise mit Füßen treten!

Was der Krieg bringt.

Annahme des Friedensvertrages mit Deutschland durch den finnischen Landtag.

Der deutsch-finnländische Friedensvertrag und das Handels- und Schiffsverkehrsabkommen wurden vom Landtag ohne Abstimmung in dritter Lesung angenommen.

Die deutsch-russischen Verhandlungen werden in Berlin stattfinden, nachdem sich die Moskauer Regierung hiermit einverstanden erklärt hat. Die Verhandlungen werden Gelegenheit geben, das gesamte Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland erneut durchzusprechen. Ihre große politische Bedeutung liegt auf der Hand.

Die Verfrachtung Rußlands.

Aus Moskau wird der „Dain News“ gemeldet: Im Dongebiet wurde eine neue Regierung errichtet nach dem Willen derjenigen unter Skoropadski in der Ukraine. Das Haupt der Regierung ist General Kravtchuk, der einstige Befehlshaber der Truppen Kerenski. In der ersten Proklamation heißt es: Die Deutschen und Oesterreicher, die noch vor kurzem unsere größten Feinde waren, sind in unser Gebiet eingerückt, um gemeinsam mit uns die Ordnung wieder herzustellen.

Im Interesse Rußlands und der Mittelmächte wäre nur zu wünschen, daß die Mittelmächte nicht ihre Hand zur Verwirklichung des früheren russischen Kaiserreiches bieten. Denn irgendwo man Rußland auf allen Seiten ein, während man ihm die Segel von den Meeren ab, dann wird über kurz oder lang der Zeitpunkt kommen, wo der geistliche Kaiser seinen Thron bestiegt.

Das englische Zudeckbrot an Irland.

(Kaufermeldung.) Der Lordlieutenant von Irland und der Generalgouverneur von Irland, French, erließen folgende Proklamation: Unserem Versprechen gemäß machen wir jetzt einen Vorschlag, der im Falle des Erfolges erglänzt wird, daß England im Kampfe um die Freiheit seine Rolle im vollen Umfange und ohne Zwang spielen wird. Unser Vorschlag geht dahin:

1. Daß Irland freiwillig eine Zahl von Männern liefert, die zu den Leistungen der übrigen Teile des Reiches in angemessener Verhältnis stehen.

2. Um dieses Verhältnis zu fixieren, kann man mit Billigkeit von Irland verlangen, daß es bis zum 1. Oktober 50 000 Mann aufstellt, um die irischen Divisionen im Felde aufzufüllen, und danach monatlich 2000 bis 3000 Rekruten, um die Kopfstärke dieser Divisionen aufrecht zu erhalten.

3. Wir wünschen es jedermann deutlich zu machen, daß nicht die Absicht besteht, die landwirtschaftlichen Interessen oder die Lebensmittelerzeugung zu beeinträchtigen, oder irgend etwas zu tun, was das wichtigste Gewerbe des Landes behindern könnte. Es ist auch nicht zu erwarten, daß ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung für militärische Zwecke verfügbar ist. Die Regierung rechnet ausschließlich darauf, daß eine große Zahl junger Leute in den Städten, die viel größer ist, als der gewöhnliche Betrieb des Kleinhandels erfordert, das nötige Kontingent liefert.

4. Wie in England, Schottland und Wales, beabsichtigen wir, zunächst an die jüngeren Leute und diejenigen, die am ersten entbehrlich werden können, zu appellieren, sich für den Dienst zu melden und für ihr Vaterland zu kämpfen. Die Altersgrenze ist deshalb in diesem Appell auf die Zeit vom 18. bis 25. Jahre festgesetzt worden. Damit sollen die älteren Leute, die besonders geeignet für den Militärdienst oder von dem Wunsche befeuert sind, ihrem Lande an der Front zu dienen, nicht ausgeschlossen werden. Wir erkennen an, daß die Männer, die sich melden und für ihr Vaterland kämpfen, das Recht haben, an allem, was ihr Vaterland bieten kann, teilzunehmen. Es werden daher Schritte unternommen werden, um, soweit dies möglich ist, Land für diejenigen zur Verfügung zu stellen, die für ihr Land gekämpft haben. Die erforderliche gesetzgeberische Maßnahme wird jetzt erwogen.

5. Vollständige Einzelheiten über Wohnung, Zuschüsse für Familien, Renten usw. werden tunlichst bald veröffentlicht werden. Die Rekrutierung wird von den bürgerlichen Stellen durchgeführt und es werden Maßregeln getroffen werden, die ein gerechtes Verfahren gegenüber allen verbürgen.

Ob diese Proklamation wohl Erfolg haben wird? Wir möchten es bezweifeln.

Die Ludendorff-Spende ist der Dank aller deutschen Völker! Du hast Opfer über Opfer empfangen - nun opfere selbst auch gib!

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 5. Juni. (Antlich.) Das von dem bewährten U-Boot-Kommandanten Oberleutnant zur See Loß befehligte Boot hat im Kanal neuerdings 5 Dampfer, 3 französische Fischereifahrzeuge mit über 28 000 Brutto-Registertonnen vernichtet. Unter den vertriebenen Dampfern befanden sich der englische Hilfskreuzer „Moldavia“ (9500 Brutto-Registertonnen) sowie ein bewaffneter Dampfer von 6000 Brutto-Registertonnen Größe, die beide aus stark gesichertem Geleitzuge herausgeschossen wurden.

Namentlich festgestellt wurden ferner noch der bewaffnete englische, tief beladene Dampfer „War Panther“ (5875 Brutto-Registertonnen) und die französische Fischkutter „Beit Georges“, „Souvenir de St. Marie“ und „Joseph Simon“.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Gesunken englischer Zerkörer.

Die englische Admiralität meldet: Am 31. Mai sank nach Zusammenstoß ein Zerkörer. Keine Verluste.

Kleine Nachrichten.

Gegen die Zwangsanhhebung russischer Internierten für die englische Armee hat die britische Regierung bei dem diplomatischen Vertreter Großbritanniens in Rußland Protest erhoben.

Das persische Ministerium hat demissioniert. Dieses Ereignis soll auf die Befestigung von Alexei-Schan durch kurdische Banden, die von Türken befehligt wurden, zurückzuführen sein.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Am Mittwoch wurde die Debatte über Zensur und Lagerungsfrage fortgesetzt. Vorher hatte das Haus in seltener Einmütigkeit einstimmig die Erhöhung der Diäten bemilligt. Der Abgeordnete Gothein von der Sozialpartei sprach über drei Stunden, zu großem Unmut der Rechten. Mit solcher Schärfe, gekürt auf zahlreiches Material, wandte sich Gothein gegen die parlamentarischen allgemeinen Übergriffe der Zensurbehörden, die daraus resultieren, der friedensfreundlichen Mehrheit des Volkes alle Meinungsäußerungen zu unterbinden und somit den Leugnenden der Rechten in ihrer Wirkung nach außen und innen Vorhub zu leisten. Dem Vertreter der Heeresleitung gelang es nicht, die Agamemnon-Gotheins zu entzähmen, er gab wohl kühnliche Erklärungen ab, daß von Seiten der Generalkommandos keine Freiheit gewährt werden sollte, als es sich mit den militärischen Interessen vereinbaren läßt mehrere Wochenzeitungen seien über darauf hin, daß dieser einseitige Standpunkt eben zu den weitgehenden Mißverständnissen mißbraucht werde. Der konservative Abgeordnete Grassie gab gleich bei Beginn seiner Rede Del ins Feuer, indem er den schon im Abgeordnetenhause angewandten Trick des Grauen Spies, die Frontkämpfer gegen das Parlament auszuspielen, von neuem benutzte. Soziale es den Feldgrauen leider nicht möglich ist, den Herren Konventionen ihre wahre Meinung kundzugeben, werden wohl die Freunde des Herrn Grassie erst diese dämliche Phrase nicht vergißen. Heute dürfte die Debatte über den Lagerungsfrage ein Ende finden.

Aus dem Preussischen Abgeordnetenhause.

Die vierte Lesung der Wahlrechtsvorlage wird nach einem Beschluß des Senatskomitees am Dienstag, dem 11. d. M., erfolgen. Sollte sich in dieser Abstimmung eine Veränderung gegenüber den bisherigen Beschlüssen ergeben, so ist als Termin für die dann erforderliche fünfte Lesung der 4. bzw. 5. Juli in Aussicht genommen. Was die Kompromißverhandlungen betrifft, so wird freilich zwischen der Rechten und dem rechten Flügel der Nationalliberalen eifrig verhandelt, aber aller Wahrscheinlichkeit nach wird es zu einem für die Regierung und für die Linke annehmbaren Kompromiß nicht kommen. Es wird sich nur darum handeln, die in dritter Lesung durch Streichung des § 3 geschaffene Lücke auszufüllen.

Das Plenum des Abgeordnetenhauses erledigte am Mittwoch zunächst den Etat der Geistesverwaltung und einen konservativen Antrag betr. Regelung des Lastenverkehrs auf dem Lande. Den dritten Punkt der Tagesordnung bildete die zweite Lesung des Kultusetats. Beinahe wäre dieser wichtige Etat ohne jede Debatte erledigt worden. Sämtlichen Rednern, die sich zur Generaldebatte gemeldet hatten, kam es überraschend, daß der Präsident bereits zu verhältnismäßig früher Stunde die Beratung eröffnete; man hatte angenommen, daß die ganze Sitzung noch mit den übrigen Gegenständen ausgefüllt werden würde. Mit Rücksicht darauf, daß die Redner sich nicht genügend vorbereitet hatten, und weiter mit Rücksicht darauf, daß das Haus ungewöhnlich schwach besetzt war, verzichtete einer der bürgerlichen Redner nach dem andern auf das Wort.

Yhm Beispiel schloß sich auch der Genosse Haack an, der aber, um überhaupt eine Debatte zu ermöglichen, schließlich doch noch in die Bresche sprang, und in einstündiger Rede die gewöhnlichen Aufgaben schilderte, die infolge des Krieges in Zukunft an das Volk in bezug auf unser Schulwesen gestellt werden. Haack entwickelte kein spezielles Schulprogramm, sondern er gab nur einige wesentliche Stichworte. So verlangte er u. a., daß unser ganzes Schulsystem von einem einheitlichen Gedanken beherrscht, und daß die eine Schulgattung sich aus der anderen entwickeln müsse. Hand- und Kopiarbeit seien gleichwertig, darum müsse auch die Schule gleichwertig sein. In den Vordergrund des Lehrplans müsse die deutsche Sprache, die deutsche Bildung, die deutsche Wirtschaftspolitik und die deutsche Geschichte stehen. Weiter sei es notwendig, daß die Grundbegriffe der Volkswirtschaft und Staatslehre schon in der Unterstufe systematisch gelehrt werden. Um alle diese Reformen zu erreichen, müsse unbedingt den Sozialdemokraten Gelegenheit zur Mitarbeit gegeben werden. Das sei aber nur möglich durch Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und seinen Ersatz durch das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht. Wenn den Sozialdemokraten Gelegenheit gegeben wird, sich zu betätigen, dann würden sie zeigen, was sie leisten können, und den Vorteil davon hätte unsere Schule und mit ihr das gesamte Volk und der Staat.

Die Beratung des Kultusetats wird am Donnerstag fortgesetzt.

Niedererschlagung von Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der folgenden einzigen Artikel enthält: „In Sachen, in denen dem Kaiser das Begnadigungsrecht zusteht, können Untersuchungen gegen Teilnehmer an dem gegenwärtigen Kriege wegen Handlungen, die vor oder während der Einberufung zu den Truppen und vor der Beendigung des Krieges begangen worden sind, im Wege der Gnade niedergeschlagen werden. Der Zeitpunkt, in welchem der Krieg im Sinne dieses Gesetzes als beendet anzusehen ist, wird durch kaiserliche Verordnung bestimmt.“

In der Begründung heißt es u. a.: Nach der gegenwärtigen Rechtslage können in sämtlichen Bundesstaaten Strafunterhebungen gegen Kriegsteilnehmer in bestimmtem Umfang durch landesherrlichen Gnadenakt niedergeschlagen werden. Den unter der Militärstrafgerichtsbarkeit der kaiserlichen Marine stehenden Kriegsteilnehmern ist eine gleiche Vergünstigung bisher nicht zuteil geworden, da es an einer zweifelsfreien Rechtsgrundlage fehlt, die eine Niedererschlagung schwebender Untersuchungen in Marinestrafsachen gestattet. Dieses bedeutet für die Marineangehörigen eine unbillige Härte, die dadurch, daß in geeigneten Fällen zugunsten der von den Marinegerichten Verurteilten das Gnadenrecht ausgeübt wird, nicht voll beseitigt werden kann. Wenn der Druck eines schwebenden oder bevorstehenden Strafverfahrens und der tatsächliche Vorgang der Verurteilung, der von dem Verurteilten regelmäßig schwer empfunden wird, können auch durch eine nachträgliche Begnadigung nicht ausgeglichen werden. Zu diesem Zwecke schlägt der Entwurf vor, die Niedererschlagung zugunsten der Kriegsteilnehmer auch in den Sachen zuzulassen, in denen dem Kaiser, wenn es zur Verurteilung kommt, das Begnadigungsrecht zusteht.

Die Sammlung für die Ludendorff-Spende.

Wir erhalten folgende weitere Zuschrift aus Kriegsbeschädigtenkreisen: „Auch ich kann nur bitten, recht reichlich und viel für die Kriegsbeschädigten zu geben. Insbesondere bitte ich 1. Die Herren Fabrikanten, Unternehmer, Arbeitgeber usw. genau soviel zu geben, wie sie bisher schon durch Minderentlohnung der Kriegsbeschädigten, durch Anrechnung der vom Staate gezahlten Invalidenrenten auf Lohn und Gehalt auf Kosten der Kriegsbeschädigten verdient haben und künftig noch zu verdienen gedenken. 2. Die Herren Hausbesitzer in kapitalistischer Form den Betrag zu erstatten, um den sie durch ihre vielfachen Mietererhöhungen gegen Kriegsbeschädigte Mieter ihre Einnahmen vermehrt haben.“

Diese Forderung dürfte niemandem unbillig erscheinen, denn es kann doch nicht als Opfer bezeichnet werden, wenn jemand ein paar Mädel oder selbst Markt in eine Büchse steckt, der auf Kosten der Kriegsbeschädigten jährlich Hunderte und Tausende Mehreinnahmen hat. Wird sie erfüllt — woran ich allerdings nicht glaube, — dann wird der Antrag der Ludendorff-Spende ein ganz ungeheures großer sein.“

Wohnungsnot und Freizügigkeit.

Der neue Staatskommissar für Wohnungswesen, Freiherr Coels van der Bruggen, hat sich einem Berliner Pressenotterreter gegenüber zu der Frage, ob man infolge der Wohnungsnot eine Einschränkung des Zuzuges in die Großstadt beabsichtigt, sehr vorsichtig so geäußert: „Diese Frage ist so heikel und einschneidend, daß ich davon vorläufig keinerlei Stellung nehmen möchte. Es ist nicht...“

ausgeschlossen, daß unter Umständen diese Maßnahme in Betracht kommt, sicher aber nur im äußersten Falle und unter Anwendung aller nur denkbaren Vorsichtsmaßregeln. Ziel eher wäre eine Erfassung der leerstehenden und unbenützten Wohnungen zu denken, natürlich unter Berücksichtigung der Lebensinteressen der Hausbesitzer, welche jetzt auch schwere Zeiten durchmachen.

Das sieht ja beinahe wie eine Bestätigung der Frage aus!

Zimmer noch die Furcht vor roten Kranzschleifen!
Als dieser Tage ein Mitglied des Deutschen Transportarbeiterverbandes in Köln bestattet wurde, ließ der Geistliche die von der Organisation gespendete rote Kranzschleife gewaltsam entfernen. Erst auf nachdrücklichen Einspruch gab er sie dann wieder heraus, aber erklärte nunmehr, er würde von seiner Amtshandlung sofort absehen, wenn die Schleife wieder am Kranz befestigt würde. Auf die Bitte der halb ohnmächtigen Frau des Gestorbenen verzichteten schließlich die Leidtragenden darauf und ließen den Pfarrer seine Funktionen erfüllen. Er entledigte sich seiner Aufgabe in auffallender Kürze. Die zahlreich zusammengezömmelte Menge der Gräberbesucher war über das Vorgehen des Geistlichen genau so empört wie die am Begräbnis beteiligten Kameraden des Begrabenen. Diese unzulässigen Seefischer ahnen nicht, wie schwer sie durch solche Maßregeln das Ansehen der Kirche schädigen!

Schweiz. Die Schweizerische Volksabstimmung über die Bundeskassener.

Die von der Sozialdemokratischen Initiative zur Erhebung einer direkten Bundessteuer ist mit einer Mehrheit von 40 000 Stimmen abgelehnt worden. Die geradezu überaus geringfügige Mehrheit beweist, daß der Antrag doch stark populär war, denn alle bürgerlichen Parteien hatten sehr stark gegen ihn agitiert; keineswegs war er, wie jetzt die Meldung der Schweizerischen Depeschengeneratoren besagt, von einem Teil der linksstehenden bürgerlichen Parteien unterstützt. Sie mußten nur in letzter Stunde, einem offenbar starken Druck aus ihren Reihen nachgebend, die Stimmen freigeben. Guten Eindruck machte ein von einer Reihe protestantischer Geistlicher veröffentlichte Erklärung gegen den mammonistischen und unsozialen Geist, der sich in der Bekämpfung des Antrages offenbart. Der Bundesrat wird wohl in seinem jetzt angekündigten neuen Finanzprogramm einem nur so knapp an der Annahme vorbei gelangten Steuerprogramm irgendwie entgegenkommen müssen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 6. Juni.
Bermittelte Hoffnungen.

Die unerwartet hohen Preise für Gemüse und junge Kartoffeln haben viele Leute veranlaßt, sich ein Stück Gartenland zu kaufen und es zu bebauen. Manchem wurde die ungewohnte Arbeit schwer, aber die Hoffnung auf den Ertrag ließ ihn der Schwere nicht achten, welche er beim Umpflanzen des Landes, beim Düngen, Pflanzen usw. vergießen mußte. Mithin war die Hoffnung die Ursache für den Ankauf. Nun war das Gärtnchen bestellt, die Sonne schien warm und grün sproßte das aus der Erde, was mit Fleiß geätet war. Die Kartoffeln entwickelten sich gut, die Bohnen und Erbsen gediehen außer beste und eine frühe und reiche Ernte schien in Aussicht zu stehen, wenn auch ein ergiebiger Regen leider ausblieb.

Mit Wohlgefallen bläute das Auge auf diese Gemüsegärten. Da ändert sich mit einem Schlag das Bild. In den letzten Nächten traten Fröste auf und was Montag noch frisch und grün war, sah gestern und heute weiß und schwarz aus. Ueberall, nicht nur vereinzelt, wie es zunächst den Anschein hatte, sind Kartoffeln und Bohnen ertrorren. Von Markt und Gassenweise, von den roten Kreuzgärten vor dem Holthof und vor den anderen Toren — auch in zahlreichen anderen Orten — hat der Frost sein zerstörerisches Werk mit vieler nur zu großem Erfolge durchgeführt. Mit Tränen in den Augen standen manche Krügerfamilien, die wieder ihr bittern Land bearbeitet hatten, vor vernichteten Hoffnungen. Sie werden nun noch mehr entbehren müssen. Wenn sich auch die Kartoffeln zum großen Teil noch etwas wieder erholen werden, so ist bei den Bohnen kaum darauf zu rechnen, auch wenn sie, wie das vielfach geschieht, ist, schließlich hoffentlich.

Der Schaden, den die Kleingartenbesitzer auf solche Weise erlitten haben, ist recht erheblich. Sie müssen von neuem Bohnen pflanzen und die Saatbohnen sind sehr teuer. Vielleicht kann hier der Ausschuh für Kriegshilfe eingreifen und den von dem Unheil Betroffenen solche zu wesentlich ermäßigten Preisen verabfolgen. Jedenfalls sollte man diese Anregung nicht von der Hand weisen.

Die Wohnungsfrage

hat ein Antrag von Dr. Wittern zum Gegenstand, den die Bürgerchaft dem Bürgerausschuh zur näheren Prüfung überwiesen hat. Darin werden Gesetzesvorschläge gefordert, welche gewährleisten, daß für Wohn- und industrielle Zwecke Grund und Boden (Rohland) zu einem Preise, der den dreifachen landwirtschaftlichen Wert in der Regel nicht übersteigt, von jedem erworben werden kann, wenn auch jedoch unter Bedingungen, die wiederum gewährleisten, daß der billige Preis des Grund und Bodens dauernd, insbesondere auch zugunsten späterer Rechtsnachfolger, erhalten bleibt.

Bereits bei der Beratung dieses Antrages in der Bürgerchaft wurde von sozialdemokratischer Seite betont, daß damit der gegenwärtig bestehende Wohnungsnot nicht abgeholfen würde, sondern nur Zukunftsmassnahmen verbreitet werden könnten. Es wurde von Stellung beantragt, den Senat um schleunigen Entgegen von Klein-Wohnungen zu ersuchen. Aus unabweislicher Kürzlichkeit lehnte die Bürgerchaft es ab, diesen Antrag dem Bürgerausschuh zur näheren Prüfung zu überweisen. Nunmehr brachte Genosse Kadden diesen Antrag in Bürgerausschuh wieder ein und dieser beschloß gestern auf Vorschlag von Wöhlert, ihn einer Kommission zu überweisen, der auch Genosse Rademacher angehört. Hoffentlich kommt aus den Beratungen dieser Kommission etwas Ersprießliches heraus.

Regierung des Verkaufs der Seefische.

Das Polizeiamt hat eine Bekanntmachung über die Regelung des Verkaufs der frischen und geräuchernden Seefische an die Verbraucher erlassen. Der Verkauf darf vom 10. Juni 1918 ab nur noch gegen die amtlich ausgegebenen Ausweise (Fischkartenhefte) erfolgen. Der Verkauf wird wie bisher je nach der verfügbaren Menge entweder durch Händler oder in der Markthalle, bei reichlicher Zufuhr durch Händler und in der Markthalle erfolgen. Die Fischmische aus dem Heft können, sobald sie durch amtliche Bescheinigung ausgereicht sind, von dem Inhaber des Heftes abzugeben und dem Fischverkäufer losgegeben werden, damit die übrigen Fischmische des Heftes nicht durch die unfaire Handhabung des Fischverkaufs beeinträchtigt werden. Mit Rücksicht auf die Unbestimmtheit und die Unregelmäßigkeit der Zufuhren läßt die Gültigkeitsdauer der einzelnen Fischkarten nicht im voraus

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 5. Juni. (Amtlich.)
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Artillerietätigkeit wechselnder Stärke. Mehrfach brachten Erkundungsgefechte Gefangene ein.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In der Schlachtfront ist die Lage unverändert. Deutsche Kampfhandlungen westlich von Pontoise, nördlich der Aisne und im Savieresgebiet brachten uns in den Besitz feindlicher Erdwerke und Gräben. Artilleriekampf war vielfach lebhaft. Chateau-Thierry lag unter anhaltendem Zerstörungseifer der Franzosen.

Die Beute der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz seit dem 27. Mai beträgt nach bisherigen Feststellungen mehr als 55 000 Gefangene, darunter 1500 Offiziere, mehr als 650 Geschütze und weit über 2000 Maschinengewehre.

In den letzten beiden Tagen wurden 46 feindliche Flugzeuge und 4 Fesselballone zum Absturz gebracht. Jagdgeschwader Richtiglos schloß gestern 15 feindliche Flugzeuge ab. Hauptmann Berthold und Leutnant Menthoff erlangen ihren 31., Leutnant Bönenhardt seinen 27., Leutnant Ubel seinen 26., Leutnant Kiehl seinen 21. und 22. Abschlag.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

schicken, sie wird je nach der Zufuhr auf einen kürzeren oder längeren Zeitraum bemessen werden. Aus den gleichen Gründen wird es nicht immer möglich sein, den Verkauf vorher in den Zeitungen anzukündigen. Er wird dann durch Aushänge an den Polizeiwachen und in den Straßenbahnhöfen bekannt gegeben und zwar, wenn die Zufuhr nur gering ist durch grüne Plakate (mit einem Fisch), wenn sie dagegen groß ist, durch rote Plakate (mit vielen Fischen).

Bei der Gefahr, welche mit jeder Fischrationierung verbunden ist, muß die Behörde damit rechnen, daß die Bevölkerung sich nach Möglichkeit diesen Rationierungen entzieht. Das jetzt eingeführte Verfahren der Fischverteilung hat durch die Natur der Sache bedingte Mängel, gewährleistet aber der Bevölkerung die Möglichkeit eines gleichmäßigen Fischbezuges, wenn auch eine Verteilung bei normalen Zufuhren nur in größeren Zeitwischenräumen wird erfolgen können.

Süßwasserfische, wie Hechte, Barsche, Brachsen, Schleie, Karpfen, Koblachsen sind, angesichts der Geringfügigkeit der zur Verfügung stehenden Warenmenge in diese Regelung nicht einbezogen.

Hoffentlich befreit diese Regelung wenigstens die zahlreichsten Mithilfen, die sich bei der Fischverteilung herausgebildet haben. Zu wünschen ist, daß namentlich auch die größeren Fische an die Bevölkerung gelangen. Bisher erhielt sie nach oft vielstündigem Warten meist nur sehr kleine Fischlein, während nach Ansicht zahlreicher Leute die größeren Exemplare in die Küchen der Hotels, Restaurants und bevorzugter Familien wanderten, wo sie von zahlungsfähigen Durchgehenden gegessen wurden. Das hat viele Mißbilligung erregt, die zu Beschränkungen wohl alle Ursache besteht.

Die Bürgerchaftsberatungen am kommenden Montag sind folgende Tagesordnung erschienen: 1. Mitteilung des Senates, 2. Antrag des Senates: 1. Verkauf der Grundstücke Schildstraße Nr. 2 und 4. 2. Verkauf des Grundstücks Süßstraße Nr. 180. 3. Verkauf des Grundstücks Promenade Nr. 34. 4. Zeitweise Umkehrertragung des Artikels 14 Abs. 4 der Staatsverfassung. 5. Ausbau des Konfirmandenhofes. 6. Betrieb der Kreuzbrücke. 7. Erhöhung des Abnahmepreises für die Rangiergleise der Uferbahn in Dänholzhafen. 8. Kriegsausgleich für Schreibgebühren. 9. Mitteilung von Wämern für das Statistische Amt.

Der Bürgerausschuh genehmigte reib. beantwortete in seiner heutigen Sitzung folgende Entschlüsse: 1. Einmündigkeit für den Vater des verstorbenen Lehrers Vogt (882,50 Mk.); 2. Nachbesserung für das Staatsarchiv (294,41 Mk.); 3. Ausbau des Konfirmandenhofes mit Zufahrtsweg von der Schulstr. nach unten (375,000 Mk.); 4. Betrieb der Kreuzbrücke (750,000 Mk.); 5. Genehmigung weiterer 265 260 Mk. an den Ausschuh für Kriegshilfe.

Der Erlaß einer neuen Bauordnung für das Lübeckische Staatsgebiet und eines Straßenauslasses für die innere Stadt und die Vorstädte beschäftigte gestern den Bürgerausschuh. Es handelt sich um eine umfangreiche Senatsvorlage, deren Bestimmung nur großer Bedeutung für unser Gemeinwesen sind. Vom Bürgerausschuh wurde sie an eine siebenköpfige Kommission verwiesen, in welche auch unter Genosse Lange gewählt wurde.

Jede Änderung auf Bezugschein ist Urkundenstellung. Man weiß vielfach immer noch nicht, daß der Bezugschein eine Urkunde darstellt und dementsprechend jede Veränderung, die auf demselben vorgenommen wird, als Urkundenfälschung bestraft wird. Immer wieder kommt es vor, daß Leute auf bereits abgekauften Bezugscheinen selbständige Eintragungen, Änderungen oder Zulage vornehmen, z. B. auf einem Bezugschein, der über eine Dose ausgestellt ist, das Wort „Dose“ austauschen und dafür einen andern Gegenstand eintragen. Jeder, der eine Veränderung an einem Bezugschein vornimmt, läuft Gefahr, sich wegen seiner gesetzwidrigen Handlungsweise vor Gericht verantworten zu müssen.

wb. Die 48. Kunstausstellung des Lübecker Kunstvereins ist am Sonnabend in der Katharinenstraße eröffnet worden. Sie dauert bis Ende dieses Monats. Es sind eine große Anzahl alter, junger und jüngster Maler beiderlei Geschlechts versammelt, die Anlaß zu ständiger Betrachtung bieten. Darunter eine ganze Anzahl Lübecker Künstler. So Albert und Mathilde Veresboe, Johannes Dose, Erich Dummer, Wilhelm Feldmann, Margarete Fassebring, S. Heide, Erich Klahn, O. Plog, Anna Mühl, Mira Lüders, Professor P. Lütgendorff, Anna Kollwo, M. Reher, Waldemar Rosatis, Ferdinand Roth, Walter, Gertrud Siemers, Karl Sandermann, Ed. Rende, sowie der in Rüdland gefallene Karl Sager und der bei Amiens gebürtene Rudolf Dugé. Ersterer mit einer ganzen Anzahl trefflicher Landschaften, Bildern und Travemünder Szenen, einem Kircheninneren, seinem Selbstbild und einem wohlgezeichneten Halbakt, letzterer mit einer Kohlenzeichnung, eine „Kopfreihe bei Am“ darstellend. Aus der Umgebung Lübecks sind einige Künstler vertreten. D. Died aus Mölln mit seinen Lübecker Gängebildern, der Obertrave und dem Heiligen Geisthospital, Karl Gaiermann mit landschaftlichen Jahreszeit-Landschaften, Karl Maack, Schwartzau und E. Wollers-Reinfeld. Aber auch Berühmtheiten hat man herangeholt, so der verstorbenen Meister Gerhard Rühl aus Dresden. Von ihm sind hervorzuheben das berühmte dreifache Delgemälde „Im Lübecker Wasserhaus“, die „Waldschänke“, die Dresdener Carola-Brücke im Abendhimmelschein und die Augustus-Brücke im Winter. Professor Max Liebermann aus Berlin, Hans Licht-Charlottenburg, der u. a. eine besonders feine Landschaft, „Lolmen bei Reudersdorf“, ausgestellt hat, Otto Lange, Dresden, Louis Corinck und Professor S. Lehmig, Berlin, Professor Karl Kettig, München, Hans Rehm-München und die berühmte Käthe Kollwitz. Es ist unmöglich, an dieser Stelle sie alle zu nennen. Wir müssen uns auch in der Würdigung der ausgezeichneten Arbeiten außerordentlich beschränken. Nur wenige können aus den 579 Nummern hervorgehoben werden. Einige Bilder Albert Veresboes verdienen z. B. Erwähnung. In dem Delgemälde „L. S. und C.“ einen Mann, einen Bedienten und einen Gassenknaben darstellend. Sie sind

mit zu bizarr, wenn ihnen auch eine künstlerische Bedeutung zugesprochen werden muß. Feinmühtig erscheint der durch das Aelterwerden gezeichnete Mann und ein dekoratives Gemälde, zwei Schwestern im Ganzalt darstellend. Otto Knudts-Berlin bringt in „Straßenbildern aus Mülln“ wundervolle Farbenharmonien, dagegen erhebt sich ein „Spaziergang“ mit seinem „grau in grau“ abstrahierend. Edward Cucuel-München erzielt mit seinem Delgemälde „Der schwarze Berg“, das von prächtiger Frische umgeben ist, die Aufmerksamkeit jeden Beschauers. Eine ganz reizende Stimmung zeigt der verlorbene Franzose Daubigny auf dem kleinen Delgemälde „An den Ufern der Dije“. Die jetzt vom Krieg zerstörte Landschaft sieht der Beschauer in der Zeit der „Jahre“. Schwermühtig und doch anziehend wirkt „Der Geiger“, das große Gemälde von Ferdinand Dorsch-Dresden. Ganz wunderbar hat Johannes Dose eine Herbstallee festgehalten. Da ist Leben und Natur in jedem Baumblau. Die Bilder von Erich Dummer sind zum Teil zu phantastisch mit feinstem Komposition. Das Porträt C. K. muß als besonders lebenswahr hervorgehoben werden. Weniger gut ist ihm der „Wolf“ im Lübecker Hafen gelungen. Ein junger Mann abstoßendes Stilleben und die „Entenköpfe“ von dem Schlüterer Maler Amantius J. u. c. Dagegen bringt W. H. Feldmann mit seiner „Brücke in der Heide“ eine ganz feierliche Stimmung heraus. Heinrich Friede-Merano zeigt in einem Quadrat die Holstenstraße vor 30 Jahren. Bizarr und abstoßend sind auch die Stoffe, die Professor Georgi-Karlsruhe auf die Leinwand gebracht hat, wenn ihnen auch eine gewisse pädagogische Wirkung nicht abgesprochen werden soll. Käthe Kollwitz ist mit acht Radierungen vertreten. Ihre Motive entspringen wie immer dem Reize der Arbeit und Armut. Ganz großes Können offenbaren die Werke Gottfried Kieß, dessen Nähe auch im Mittelgang vor seinen Bildern aufgestellt ist. Von den zahlreichsten übrigen, die noch nicht genannt sind, sei nur die Freiheit und Kraft des Schaffens von Bernhard Rothballer genannt werden, der besonders die Lichtprobleme auf seinen Bildern behandelt. Er hat ein feiner, empfindsamer und lebhafter Landschaftler. Sein „Sonntagsradweg“ hat mich besonders gefesselt. Aber auch die Mengstraße im Delgemälde „Herbstzeit“ zeigt die umfassende Beobachtungsgabe des Künstlers. Ein von gutem Geschmack umflossenes feinnühtiges Werk ist der Ariushof in Danzig von Adolf Schleich, Eigentum der Nationalgalerie in Berlin. Einen gewaltigen Eindruck macht eine Skizze der Arbeit Leonhard Sandrads: „Bild in den Hof einer Gasanstalt“. Eigenartige Farbenkomposition zeigen die waldartigen Städtebilder von Oskar Urbahn-München. Zum Schluß soll noch auf die feinstempfindlichen Radierungen Professor Hans Thomas-Karlsruhe hingewiesen werden. Im übrigen hat sich der Lübecker Kunstverein mit dieser Ausstellung ein Verdienst erworben. Vor nächsten Bildern könnte man stundenlang in andächtigster Stimmung verweilen. Und wir möchten allen interessierten Lesern zurufen: Gehet hin und schaut!

Der Dampfverehr mit Jinnland. Die ersten vier von Jinnland hier angekommenen Dampfer sind nach Übernahme der für sie bestimmten Ladungen wieder nach dort zurückgekehrt. Inzwischen sind die jinnischen Dampfer „Gemma“ und „Jeluis“ hier eingetroffen, um demnächst ebenfalls die Küste entlang anzutreten. Auch der von der Lübecker Dampfschiffahrts-Gesellschaft neu erbaute Dampfer „Bürgermeister Eichenburg“ hat einen Liegeplatz im Hafen aufgesucht und wird beladen, um dann seine überhäupt eine Reise, und zwar nach Jinnland anzutreten. Die bis jetzt nach dort abgefertigten Dampfer haben in der Hauptsache Salz gefahren. Wie aus den Aussagen der Schiffsberechnungen hervorgeht, so wehrt man von hier dem „S. C.“ vorwärts in Jinnland so großer Mangel an Salz, daß bis zu 80 Mt. für das Pfund (natürlich wohl nur im Schiffslande) geboten worden sind. Dieser Salznot und Teuerung dürfte noch im Anfang der Dampfer mit einem Schiffe ein Ende bereitet werden.

Ludendorff-Spende. Die Straßenkammern, die am Sonnabend, dem 1. Juni und Sonntag, dem 2. Juni durch die Sanitätskolonnen vom roten Kreuz zugunsten der Ludendorff-Spende für Kriegsheilfällige vorgenommen wurden, haben einen Ertrag von 5 274,41 Mk. gehabt. Es wird wohl niemand daran zweifeln, daß die Aufmerksamkeit, welche die Sammlung auf unsere Kriegsheilfälligen lenkt, von besonderer Dauer sein wird, auch wenn die Unternehmung der Fürsorge sich in anderer Richtung bewegt, als durch Hergabe von Spenden. — Dem Ausschuh sind weiter von der Jinnia Heim, Dietel 1000 Mk., von der Jinnia-Weier 1000 Mk., von den Jinnien Pischl & Fehling 1000 Mk., Aug. Haerder & Co. 1000 Mk., J. A. Suckau 1000 Mk., von Herrn J. S. C. Nachman 1000 Mk., von Herrn J. C. König i. A. Carlens & Höfner 1000 Mk., von Herrn J. und Frau 1000 Mk., Gustavpater Karl Braich in Schöndorf 1000 Mk., Hulmer Ehlers in Krumbek 300 Mk. Aber auch die Zahl der kleinen Spenden ist ständig im Steigen begriffen und immer neue Mitarbeiter stellen sich dem Ausschuh für die Ludendorff-Spende bereit. Namentlich hat die freie Vereinigung der Händler und Berufsgenossen beschlossen, in ihren Mitgliedschaften für die Ludendorff-Spende zu sammeln. — Um irigen Anlässen vorzubeugen, sei heute wiederum darauf hingewiesen, daß alle im Lübeckischen Staatsgebiet gesammelten Gelder ausschließlich Lübecker Kriegsheilfälligen zufließen werden.

Was verloren wurde. Am Montag, dem 4. Juni, sind beim „Vollreim“ als gefunden einseitig bezogen, angezogen und nicht wieder abgeholt worden. Verschiedenes Portemonnaies mit Inhalt sowie einige lose Kassenscheine, 2 Banknoten, wovon einer mit einem erheblichen Geldbetrag, 2 Wägen, 1 Damenuhre mit Kette, 1 Tambour, 1 Halbfeder, 1 Damenzug, 1 Kneifer, 1 Korb, 1 Rock, 1 Ledertasche mit Drahtzug, 1 Kettenschloß, 1 Schloß, 1 Korb mit Leinwand sowie ein Kinderhöschen und Leibchen, 1 Schultornister, 1 Kinderhandtasche, mehrere Zympheten und 1 Paar Holzschuhe.

pb. Entwendetes Jackett. Aus einem Konzertsaal in Schwarzenau ist gestern abend ein wertvolles Kamm-Jackett mit weißem Futter abhandeln gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Jackett hat folgende bezeichnende Zeichen, es ist reich mit gleichfarbigen Zeichen versehen. Als Auslöser dienen Schlangen. Für die Wiederherstellung des Jacketts bietet die Gesellschaft eine Belohnung von 100 Mk. zu.

pb. Verkauftene Boot. Abhandeln gekommen und vermutlich unter der Hand an Sonnabend abend ein einstufiges eisernes Ruderboot mit den dazu gehörigen Riemern. Das Boot, welches geübt ist und nur die Nr. 1 trag, wurde am genannten Tage von einer preisigen Bootsvermittlungstelle vermietet, seitdem fehlt von demselben jede Spur.

pb. Schwindscherin. Gestern und festgenommen wurde eine Arbeiterin aus Gadebusch, die sich hier auf mehreren Stellen Geld und Kleingeldstücke erschwindelt hatte.

pb. Wäckerer Sterblich. Festgenommen wurde ferner ein Wäckerer von hier, der in der Nacht zum 5. d. Mts. aus einem Gehäus in der Rumpfschänke mehrere Bröte gestohlen hatte, um diese für einen übermäßig hohen Preis zu verkaufen.

pb. Stühle gekohlen. Aus einem Fiedlergeschäft in der Gledensstraße wurden in der Nacht zum 5. d. Mts. ein ovaler Sesselschuh mit abdrehbaren Platte und zwei mit schwarzem Damast bezogene Stühle gekohlen.

Hamburg. Aus der Landesorganisation. In der vorigen Woche tagte die Landesversammlung der Landesorganisation der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs wurde der Bericht des Vorstandes, erläutert vom Genossen Stube, entgegengekommen. Darunter ging hervor, daß die Organisation durch den Krieg 230 Mitglieder verloren hat, wovon 137 verheiratet sind. Neue Mitglieder und Beisitzer in einer Gesamtaufgabe von 142 000 Exemplaren und drei Flugblätter wurden verteilt. Die Gesamtzahl betrug 458 000 Exemplare. Die Abonnentenzahl der „Gleichheit“ stieg von 333 auf 620. Im vorigen Jahre waren 967 Abonnenten, in diesem 2892 zu verzeichnen. Die Sammlung für den Verbandsausgaben hat in Hamburg 15 000 Mk. ergeben. Die Beitragserhöhung ist fast einmütig angenommen worden. Der Bericht der Kommission für die Errichtung des Genossen Bode. Die Auflage des „Echo“ liegt im Vorjahre um 5000, bis zum Anlauf des Monats Mai ist die Auflage um 4000 Abonnenten

Nach Aussprache hierüber wurde folgender Antrag vorgelesen: „Die Landesversammlung möge beschließen: Sofort sind Maßnahmen zu ergreifen, das „Hamburger Echo“ nach Beendigung des Krieges in ein Abendblatt umzuwandeln.“ — Geständnis des Mörders. Der Mörder Bernitt legte ein umfangreiches Geständnis ab, wonach er die Frau Heimer in der Nacht zum ersten Pfingstfesttage in ihrer Wohnung in der Compostraße angeblich im Streit erschossen hat. Bernitt wurde dem Kommandanturgericht Altona übergeben, weil er fahnenflüchtiger Pionier ist.

Aus der Partei.

Vergebliche Hoffnung. In dem Bericht über die letzte Sitzung des Parteiausschusses war nicht erwähnt, mit welchem Stimmverhältnis die vorgelagerten Resolutionen Annahme gefunden hatten. Das gibt der „Leipziger Volkszeitung“ zu der Bemerkung Anlass: „Es scheint demnach die Einmütigkeit nicht gerade groß und die Mehrheit nicht gerade imponierend gewesen zu sein.“ Wie wollen die Zweifel der „Leipziger Volkszeitung“ beheben, indem wir mitteilen, daß die vom Parteiausschuss beschlossenen Resolutionen einstimmige Annahme gefunden haben.

Die Denkschrift der „Interessierten Sozialistenkongress“, die der Genosse Branting zusammen mit einem vom 10. März datierten Schreiben von Haysman und Wandervogel am 20. April in Stockholm abhandelt, ist dem Parteivorstand am 3. Juni zugestellt worden. Wie bereits in der letzten Sitzung des Parteiausschusses mitgeteilt wurde, hatte der Parteivorstand vor kurzem den Text von anderer Seite bereits erhalten.

Ein Zuchthausurteil gegen eine Sozialistin. Die Frau des New Yorker Schriftstellers R. G. Phelps Stokes wurde auf Grund des Spionagegesetzes zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie war seit langem in der sozialistischen Bewegung hervorragend tätig.

Aus Nah und Fern.

Die Verlustliste der „Namenlosen“. Die Heeresverwaltung gibt eine neue Art von Verlustlisten heraus, deren erste Nummer schon erschienen ist. Die Listen sind, wie die „Deutsche Uhrmacherzeitung“ meldet, nur für die Verbreitung an Uhrmacher bestimmt, und zwar führen sie systematisch geordnet alle Uhrmacherzeichen auf, die in den bei den unbekannt verstorbenen Heeresangehörigen gefundenen Uhren entdeckt wurden. Bekanntlich pflegen die Uhrmacher in die von ihnen verkauften oder reparierten Taschenuhren im Innern kleine Zeichen mit laufenden Nummern einzufügen, so daß sie jederzeit feststellen können, ob die betreffende Uhr bei

ihnen gekauft oder repariert wurde. Mit Hilfe der dem Zeichen angefügten Nummern sind die Uhrmacher in der Lage, in ihren Büchern den Namen desjenigen festzustellen, dem sie die Uhr verkauft oder repariert haben. Diesen Umstand hat sich die Zentralkommission für Nachforschungen des Kriegsministeriums zunutze gemacht und eine eigene Verlustliste mit diesen systematisch geordneten Uhrmacherzeichen herausgegeben. Es ist zu hoffen, daß dieser Versuch, die Namen der unbekannt verstorbenen Heeresangehörigen zu ermitteln und deren Verwandten Gewißheit über das Schicksal der Vermissten zu geben, von Erfolg gekrönt sein wird.

Die Kälteperiode, die in den letzten Tagen in verschiedenen Teilen empfindlichen Schaden an der Ernte angerichtet hat, scheint nun ihren Tiefpunkt überschritten zu haben. Die Nachfröhen waren weiter verbreitet als bisher angenommen wurde. In Marggrabowa (Ostpreußen) und in Slonim fiel Schnee. Western trat eine leichte Erwärmung ein. In der letzten Nacht sind noch vereinzelt Nachfröhen aufgetreten, bei Tage düffte aber von jetzt ab die Temperatur wieder eine Zunahme erfahren.

Aus der Provinz Ostpreußen kommen Meldungen über starke Schneefälle, die zum Teil die Roggenähren durch ihre Last geknickt haben. Ebenso verursachte Hagelschlag viele Schäden.

In Schweden hat die Kälteperiode unermesslichen Schaden angerichtet. Aus Kopenhagen wird darüber unter dem 5. Juni gemeldet: Die Ernteausichten in Schweden, die schon infolge der trockenen Trockenheit nicht besonders günstig waren, sind durch die starke Kälteperiode der letzten Nacht noch bedeutend verschlechtert worden. Es herrscht durchweg eine Kälte von 5 bis 7 Grad. Hierdurch haben das Brotgetreide, die Kartoffeln und alle Arten von Gemüse unermesslichen Schaden genommen. Die Wälder sprechen bereits von einer Katastrophe für das Land. Auch in Norwegen ist durch die plötzlich eingetretene Kälte namentlich an den Kartoffeln bedeutender Schaden angerichtet.

Der gemüthliche Bauer. Eine heitere Szene spielte sich dieser Tage in einem Zuge der Zittau-Löbauer Linde ab. Auf einer Station stieg ein Landmann mit seinem brennenden Pfeifen in ein Nichtraucherabteil. Die Schaffnerin rief ihm zu: Das Tabakrauchen ist hier verboten! Als er sich nicht daran lehrte, sondern seine Wälzchen weiter ausblies, schrie sie ihm erzürnt an: Ich habe Ihnen doch gesagt, daß hier das Tabakrauchen verboten ist! Da entgegnete der Landmann gemüthlich: Freilein, ich noch ja kein Tomat. Da ho ich schon lange kenn mie! Schallendes Gelächter folgte dieser Vertreibung.

Verhängnisvolle Spielerei mit einem Revolver. In dem Reservelazarett Rosengarten in Cassel spielte ein Feldwebel mit dem Revolver eines Kriessbeschädigten. Plötzlich entlud sich die

Waffe und das Geschöß tötete den vor dem Feldwebel stehenden Briefträger Rudolf. Der Feldwebel und auch der Eigentümer des Revolvers stellten sich sofort freiwillig der Polizei.

Brandunfall. Der zehnjährige Sohn des Bildners Wälte in Klein-Schulendorf bei Trebbin zündete sich auf dem Heuboden der Scheune seines Vaters eine Zigarette an, wodurch das Heu in Brand geriet. Während seine bei ihm befindliche Störche Schmeißer Gertrud in den Flammen umkam, konnte sich der Knabe, mit Brandwunden bedeckt, durch einen Sprung aus der Bodenluke retten.

Schwerer Heberfall auf einem Militärposten. Im Provinzialamt in München wurde der Posten im Hof von drei Burschen überfallen und niedergeschlagen. Seine Hilflose alarmierten die Strakenwache, die Verbrecher gingen aber den Verletztenen Schutzleuten mit Messern zu Leibe. Einer der Verbrecher ließ eine Mähe zurück, wie sie die Militärwärter tragen; bisher konnte noch keiner der drei ergriffen werden.

Kreuzbruch in Rußisch-Polen. Wie dem „N. T.“ gemeldet wird, löschte in der Kreisstadt Lomaszow im Gouvernement Lublin ein Großfeuer gegen 200 Häuser ein. Die Stadt hat gegen 6000 Einwohner.

Hundert Menschen durch Explosion getötet. Bei der Explosion in den Munitionsfabriken von Souffron in Frankreich am 3. Juni wurden 100 Personen getötet und 50 verwundet.

Die unbekannte Epidemie, die vor etwa vierzehn Tagen in Madrid ausbrach, hat bereits nach den meisten Provinzhauptstädten und nach Marokko übergegriffen, wo sie die spanische Garnison befiel. Sie hat sich namentlich in den dicht bevölkerten Distrikten so rasch verbreitet, daß die öffentlichen Dienste dadurch ernstlich in Frage gestellt werden. Am Sonntag starben an der Krankheit 111 Menschen, während der letzten Tage ungefähr 700. In allen Fällen mit tödlichem Ausgange handelt es sich um Komplikationen. Gesunde Personen genesen in vier bis fünf Tagen. Für Menschen mit schwacher Gesundheit, vor allem für Kehlkopf- und Lungenleidende, ist die Krankheit gefährlich.

Der Verbreiter der spanischen Epidemie. Wie die spanischen Blätter berichten, wird die Epidemie in Spanien durch einen 1 1/2-2 Millimeter großen Moskito verbreitet, dessen wissenschaftlicher Name Phlebotomus ist.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck.

Vom 1.—7. Juni Opferwoche für die Ludendorff-Spende für die Kriegesbeschädigten.

Die Sammlung gefragter Männeranzüge für die Heerarmee nimmt nur langsam Fortgang, sodaß es mehr wie zweifelhaft ist, daß die Zahl der Anzüge, die Lübeck aufbringen soll, erreicht werden wird. Die Bevölkerung Lübecks wird daher nochmals auf die Bekanntmachung vom 22. Mai 1918 aufmerksam gemacht und dringend ersucht, Anzüge abzuliefern, um so zu vermeiden, daß diejenigen Personen, die nicht abgeliefert haben, zur Bestandsangabe angehalten werden müssen und daß die Reichsbekleidungsstelle schärfere Maßnahmen anordnet. Für die Ablieferung kommen hauptsächlich Anzüge in Frage, die starke Inanspruchnahme aushalten, also solche, die bei der Arbeit getragen werden können.

Für Anzüge, die bis einschließlich 15. Juni 1918 abgeliefert werden, wird ein Zuschlag von 10% zu dem regelmäßigen Schätzungspreise bezahlt.

Lübeck, den 4. Juni 1918. (2654)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend die Regelung der Verteilung der Seefische an die Verbraucher.

Auf Grund des § 12, Ziffer 3 der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Verordnungsregelung vom 25. September 1915 ordnet das Polizeiamt an:

§ 1. Für den Bezug von Seefischen werden Bezugsausweise ausgegeben. Jeder Person steht nur ein Ausweis zu.

§ 2. Seefische dürfen nur gegen die amtlich ausgegebenen Ausweise abgegeben und entnommen werden.

§ 3. Die Dauer der Gültigkeit der einzelnen Abschnitte der Ausweise wird noch besonders bekanntgegeben.

§ 4. Die Verkäufer haben die entgegengenommenen Abschnitte der Ausweise zu sammeln und zu dem jeweils bekanntgegebenen Zeitpunkt an die Geschäftsstelle des Polizeiamts, Fischhauerstraße 27, abzuliefern.

§ 5. Die obigen Anordnungen beziehen sich auf die Abgabe sowohl frischer als auch geräucherter Seefische.

§ 6. Über den obigen Anordnungen zumüberhandelt, insbesondere, wer es unterläßt, sich in den Bezug zum nicht zureichender Ausweise zu setzen oder von solchen Ausweisen Gebrauch zu machen, wird auf Grund des § 17 der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

§ 7. Diese Bekanntmachung tritt am 10. Juni 1918 in Kraft.

Lübeck, den 5. Juni 1918. (2664)

Das Polizeiamt.

Gef. Malergehilfen für auswärtige größere Arbeit bei freier Verpflegung. **Aug. Fölsch,** Bei St. Johannis 22. (2655)

Alter Kinderwagen, Trittleiter, Gartenbau zu verz. (2669) Schaifstr. 15.

Sellerie, Portee- u. Sopskann, Schaf 10 Pfg. C. Hinrichs, Arminstr. 37.

Bekanntmachung.
Der Knochenverkauf in der Markthalle findet statt am Freitag, dem 7. Juni 1918, vormittags von 7 bis 12 Uhr auf Abschnitt 3 der Knochenbezugsarten Nr. 5001 bis 6000.
Ein freihändiger Verkauf der etwa übrig bleibenden Knochen findet nicht statt.
Lübeck, den 5. Juni 1918. (2658)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung
der Kriegshilfe, Abt. Kleingartenbau.
Saatbohnen
sind noch in genügenden Mengen vorhanden. Preis 3.30 bis 4.50 Mk. pro Pfund.
Die Abgabe erfolgt in der Stadtgärtnerei, Mühlendamm 7, in der Zeit von 8—12 Uhr und 2—6 Uhr. (2659)

Wir suchen für unseren Betrieb **ungelernte Arbeiter und Blakarbeiter,** in größerer Zahl, ferner **Dreher, Schlosser, Lokomotivführer, Rangierer, Heizer, Kottenführer und Kottenarbeiter.** **Arbeiterannahmestelle Pulverfabrik Bremisch, Rathenow, Bahnhofstr. 22.** (2648)

Allen denen, die unsern lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen, seinen Sarg so reich mit Kranzen schmückten, Herrn Viktor Stücken für seine trostreichen Worte am Sarge sowie dem Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verein sagen unsern herzlichsten Dank. (2645)

Frau Losch und Kinder. Gesucht zum sofortigen Eintritt eine **tüchtige Kontoristin.** Gef. Angebote mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften zu richten an die **Lübecker Gen.-Bäckerei** C. S. M. & S. Söperweg 65.

2 freundliche Zimmer zu vermieten. (2662) Berderstr. 28, part.

Zu mieten gesucht z. 1. Juli od. 1. Oktober von 2 alt. Leuten eine **2- oder 3-Zimmer-Wohnung,** am liebsten Volkstentor-Süd. Ang. unt. **L B** an die Exp. (2663)

Zu verk. e. ej. Kinderbettstelle mit Matratze, Kinderklappstuhl u. Laufgitter. Arminstr. 9c. (2644)

Gesucht Del, Firnis, Serpentin, weiße Erde sowie alle Farben in Del. (2656) Aug. Fölsch, Bei St. Johannis 22. Fernruf 3422.

Bilderleisten einrahmungen **Oscar Tauschnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.** (2647)

Soeben erschienen:
Der Mieterschutz.
Eine gemeinverständliche Darstellung nach den kriegszeitlichen Bekanntmachungen über **Einigungsämter, Zahlungsfristen, Mietfragen und Kriegsteilnehmerschutz** von **Arbeitersekretär Fritz Henek.**
Preis **30 Pf.,** nach auswärtig **40 Pf.** gegen Voreinsendung.
Zu beziehen von der **Buchhandlung Fr. Meyer & Co.** Johannisstrasse 46.

Aus Leder hergestellte Sohlen, 4 Jahre bewährt. Verkaufsstellen: Schlumacherstraße 6, Meißnerstraße 3, Fackenburg Allee 48, Dreierstraße 29. 2651

Hansa-Theater. Operetten-Gastspiel. Heute abend 8 Uhr: (2668) **Warum geht's denn jetzt?**

AlleArbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei **Otto Albers** Markt 4, Kohlmarkt 10. Mitgl. des Rab.-Sparv. Eubeca.

Rechnungs-Formulare werden hergestellt in der Buchdruckerei „**Öbb. Volksbote**“ Johannisstraße 46.

Stadthallen-Theater. Direktion: Stanislaus Fuchs. (2657) Donnerstag, d. 6. Juni 1918: **Bachstelzchen.** Volksstück mit Musik von Max Bertuch. Freitag, den 7. Juni 1918: **Die Ehre.** Schauspiel von H. Sudermann. Sonnabend, den 8. Juni 1918: **Bachstelzchen.** Volksstück mit Musik von Max Bertuch. Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Ist eine dauernde Kürzung der Fleischration beabsichtigt?

Der „Hannoversche Kurier“ brachte dieser Tage diese Notiz:

„Es ist bekannt, daß infolge des sehr ungünstigen Ernährungszustandes des Rindviehs die Auszuchtungsgebände immer schlechter geworden sind. Der Zustand ist soweit gediehen, daß jetzt aus der Schlachtung nur zwei und mehr Rindern noch nicht einmal fertiges Fleisch gewonnen wird, wie sonst aus der Schlachtung eines einzigen Stücker Rindviehs. Um daher die jetzt gegebene Fleischquote von wöchentlich 250 Gramm für die Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern und die industriellen Zentren von 200 Gramm in den Gemeinden von mehr als 50 000 bis 100 000 Einwohnern usw. weiterhin geben zu können, müssen solche Eingriffe in den Rindviehstand gemacht werden, welche die größten Besorgnisse für die Zukunft erwecken müssen. Zurzeit beträgt das durchschnittliche Auszuchtungsresultat 41 Prozent des Lebendgewichts gegen 50 bis 55 Prozent in früheren Zeiten. Der Prozentsatz an Knochen, der früher etwa 20 Prozent des Gesamtgewichts betrug, hat sich auf 30 bis 40 Prozent erhöht. Nicht nur aus Kreisen der Landwirte wird immer darauf hingewiesen, daß die Fleischmenge jedes einzelnen Tieres durch noch etwa zweimonatigen Weideweg sich verdoppelt. Diese Ansicht ist durchaus zutreffend. Man rechnet damit, daß ein Tier, welches zu Beginn der Weidezeit fünf Zentner wiegt, am Schluß derselben ein Gewicht von acht Zentnern aufweist. Dabei ist aber zu beachten, daß, weil eine Zunahme des Gewichts der Knochen usw. nicht in Frage kommt, die drei Zentner Gewichtszunahme reiner Fleischgewinn sind. Ferner müssen, da die Rinder von 1½ bis 3 Jahren fast sämtlich abgenommen sind, jetzt vornehmlich Milchkuhe abgeschlachtet werden, so daß eine dauernde Verschlechterung der Versorgung mit Butter zu erwarten steht. Durch das jetzige Verfahren wird die Schaffung einer Butterreserve für den Winter voranschreitend unmöglich gemacht. Diese ist aber dringend erforderlich, weil sonst im Winter bei dem Zurückgehen der Milchherzeugung entweder die allgemeine Butterversorgung oder aber die Versorgung der Säuglinge und Kinder mit Milch aufs allerhöchste gefährdet wird. Die Landwirte, welche diese Folgen schon jetzt meist viel klarer erkennen als die städtischen Verbraucher, sehen schon seit langem mit Erbitterung zu, wie ihnen die für die Weide bestimmten Stücke Vieh weggeholt und Milchkuhe mit einem Ertrage bis zu zehn Liter Milch täglich geschlachtet werden.“

Für die Allgemeinheit besteht daher die Frage, ob es richtiger ist, jetzt unter allen Umständen an der Ausrechterhaltung der Fleischquote festzuhalten oder ob nicht besser sofort eine vorübergehende Herabsetzung, wenigstens bis zum 16. Juni, dem Tage der allgemeinen Herabsetzung der Brotration, einzutreten hat. Darüber, daß diese Herabsetzung ein schweres Opfer für die Verbraucher bedeutet, braucht kein Wort verloren zu werden. Ebenso selbstverständlich ist es aber, daß der schwergeprüfte Verbraucher, wenn er sich die Folgen der jetzigen Viehabnahme klar macht, sich für das geringere Übel entscheiden wird. Die Entscheidung wird um so leichter, als bekannt geworden ist, das die gleichen Schwierigkeiten auch in den feindlichen und neutralen Ländern bestehen. Dort ist man noch viel rigorosier vorgegangen. In Frankreich und Holland hat man sogar vollkommene Schlachtverbote erlassen. Man sollte aber meinen, daß das deutsche Volk dieselben Entbehrungen auf sich nehmen kann, die von dem Patriotismus feindlicher und neutraler Länder ruhig ertragen werden. Eine Einschränkung des Fleischgenusses ist zudem in der jetzigen warmen Jahreszeit am ehesten möglich. Bapern und Sachsen sind denn auch bereits mit gutem Beispiele vorgegangen und haben die Fleischmenge herabgesetzt. Saar: des Kriegsernährungsamtes ist es, hier vorbeugende Politik zu treiben und sofort auch in den anderen Bundesstaaten die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Wir wissen nicht, von wem dieser Vorschlag ausgeht; wahrscheinlich liegt ein planmäßiges Vorgehen vor, da man ähnlichen Anregungen letzthin in einem Teile der Presse mehrfach begegnete. Ist es bestellte Arbeit, um die Bevölkerung langsam auch auf eine Verminderung des Fleischverbrauchs vorzubereiten, nachdem man sie gerade erst unter den Zwang der Brotverkürzung gestellt hat? Das wäre doch zu viel der Entbehrungen, die man jetzt dem Volke zumutet. Die deutsche Bevölkerung hat im Laufe

der vier Kriegsjahre schon vieles als unvermeidlich hingenommen und trägt die Entbehrungen und Bewunderungen mit einer Geduld, die bewundernswert ist. Dabei steigt für jeden Einsichtigen längst fest, daß die Lebensmittelbeschränkung nicht oder nicht in dem äußerlich so erscheinenden Maße auf wirklichem Mangel, sondern im wesentlichen auf Mangel organisatorischer Erziehung der Vorräte, auf unzulänglicher Verteilung beruht. Bei der Mehl- bzw. Brotverteilung ist das vielleicht am wenigsten der Fall, aber auch auf diesem Gebiete hapert es immer noch stark; große Mengen Getreide aller Art werden noch immer der Allgemeinheit entzogen, um in irgend einer Form dem Genuß bestimmter Bevölkerungsgruppen zu dienen. Nach sich immer ist das bei Milch und Butter, bei denen es für weit mehr Menschen, als man ahnt, überhaupt keine Beschränkung gibt. Mindestens aber ebenso schlimm ist es beim Fleisch. Schon die dürftigen Entdeckungen von Geheimschlachten und heimlichem Vieh- und Fleischhandel zeigen das, obwohl sie nur einen winzigen Bruchteil der Wirklichkeit ausmachen. Würde man alles zur Ernährung verfügbare Fleisch der Gesamtheit gleichmäßig zuführen, dann bräuheten wir keine allgemeine Beschränkung des Fleischverbrauchs, die ja doch nur wieder die trifft, mit deren Ernährung es heute sowieso schon am kümmerlichsten bestellt ist. Diejenigen, die sich auch heute keine Beschränkung auferlegen, die Fleisch jeder Art und Menge sich zu verschaffen wissen, werden durch keine behördliche Herabsetzung der Fleischration getroffen.

Wir halten diese auch sonst für unbedeutend, denn noch vor wenigen Wochen und noch dieser Tage zur Beruhigung über die Kürzung der Brotration wurde amtlich wiederholt erklärt, daß eine Kürzung der Fleischration nicht in Frage komme! Sie wurde als nicht notwendig hingestellt gerade auch unter Hinweis auf den bei der letzten Viehzählung ermittelten Rindviehbestand, der „gegenüber dem Friedensstande keine wesentliche Verminderung“ zeige. Nun ist selbstverständlich infolge der Fütterungsverhältnisse der Ernährungs- und Fleischzustand des Rindviehs heute ein geringerer als früher, aber die behördlich festgesetzte Fleischration ist ja eben unter Berücksichtigung dessen schon eine so niedrige, daß sie damit eine weitere Herabsetzung nicht rechtfertigen läßt; man führe das Fleisch aller Schlachtungen nur unverkürzt und gleichmäßig der Allgemeinheit zu. Die Jahresfrist an den „Hannoverschen Kurier“ übertrifft offenbar die Dinge. Wir halten, wie schon aus Anlaß der dieswöchentlichen Kürzung der Fleischration in Lübeck betont, eine Verkürzung der Fleischration nicht für geboten, und wir halten sie auch für bedenklich gerade in einer Zeit, wo man den Brotverbrauch einschränkt, wo andere Körner-Nahrungsmittel mehr und mehr versiegen und eine reichlichere Gemüse-Ernährung noch im weiten Felde liegt.

Bekanntnisse des Hanfabundes.

Der Landesverband Sachsen des Hanfabundes tagte am Sonnabend, wie es in den Berichten heißt, „in Gegenwart von Vertretern von Industrie, Handel und Gewerbe aus ganz Sachsen“ in Bautzen. In mehreren Reden wurde die Stellung des Hanfabundes zu den verschiedenen Fragen präzisiert. Ein Dr. Stecke aus Leipzig wies den bevorstehenden Arbeiten des Hanfabundes das Ziel, „einen Verteidigungskampf des freien, erwerbstätigen Bürgertums zu führen gegen den immer mächtiger sich emporkundenden Beamtenstand“. Daß die kleinen und mittleren Beamten in dem Hanfabend auch bisher noch nicht den Vorkämpfer für ihre Interessen gesehen haben, wird auch den Hanfabendlern Sachsens bekannt sein. Wenn sie gegen gewisse Auswüchse in dem Verhalten der höheren und höchsten Beamten aufzutreten wollten, so könnte es leidlich erscheinen. Zu dieser Botshaft allerdings fehlt einem der Glaube.

Auch über die Arbeiterfrage wurde geredet. In der Aussprache wurde von verschiedenen Seiten geäußert,

die „Hauptfrage“ sei für die Zukunft die Schaffung eines arbeitstüchtigen und arbeitsfreudigen „Arbeiterstammes“. Da wir nicht annehmen können, daß der Hanfabend der Meinung sei, die gewaltigen Erfolge, die Deutschland bisher auf dem industriellen Kampffelde errungen hat, seien ohne eine arbeitstüchtige und arbeitsfreudige Arbeiterkraft möglich gewesen, so darf man aus den Reden wohl den Schluß ziehen, die Herren vom Hanfabend wollten sich in Zukunft der Arbeiterfrage mit ganz besonderem Wohlwollen annehmen.

In einer öffentlichen Versammlung, die mit der Tagung zusammenhing, wurde wieder dem berühmten freien Spiel der Kräfte das Wort geredet. Landtagsabg. Nitschke-Leuschke verjocht mit großer Unanständigkeit den Satz, mit „Zwangswirtschaft“ werde keine Weltpolitik gemacht. Er führte weiter aus, in der Uebergangswirtschaft dürfe sich die Regierung nur auf den Abbau der Kriegswirtschaft beschränken. Die vielen Kriegsgesellschaften müßten „schnellstens verschwinden“. Ein Zentraleinkauf von Rohstoffen durch das Reich oder durch große Privatgenossenschaften dürfe nicht vor sich gehen.

Ob es hier ganz nach den Wünschen der Hanfabendleute gehen wird, ist freilich sehr zweifelhaft. Andere Leute werden auch noch auf dem Posten sein und dafür sorgen, daß nicht allein das geschieht, was dem Profit frommt — dessen Interesse ist schon während der Kriegsjahre in überreichlichem Maße ausschlaggebend gewesen — sondern was dem Wohle der durch den Krieg auf den Hund gekommenen Allgemeinheit dient!

Aus der Ukraine.

Ein Gewährsmann, der in diesen Tagen von einem längeren Aufenthalt in der Ukraine zurückgekehrt ist, übermittelt uns dieses Stimmungsbild:

Dem Fremden, der heute nach der Ukraine kommt, bietet sich auf den ersten Blick ein droshafes Bild. In den Städten, wie Kiew und Odessa, gewaltiger Andrang von Leuten aller Art, Fremden und Einheimischen, Zivil und Militär, Truppen aller Waffengattungen, aus der Heimat und von weither, Tücherträger und Kautzker in ihren abenteuerlichen Bekleidungen. In Kiew herrscht von morgens bis abends an allen Tagen ein Verkehr, der an die betriebenen Zeiten Berlins erinnert. Auffallen muß die große Zahl der im Betrieb befindlichen Pflöcken und Autos mit und ohne Gummi. Kiew, das im Frieden etwa 700 000 Einwohner hatte, beherbergt heute weit über eine Million Menschen. In Odessa ist es ebenso. Für den aus Deutschland Kommenden fällt es auf, daß alle diese Menschen aneinander nicht arbeiten. Mit Ausnahme der Verkehrsunternehmungen, der Gas- und Elektrizitätswerke sowie einiger Zeitungen wird nirgends gearbeitet. Wovon die Leute leben? Niemand weiß es. Selbst den kolossalen Ausgaben, die in den Hotels und Restaurants sowie in den Lebensmittelaufkäufen gemacht werden, ist allerdings anzunehmen, daß außerordentlich viel Geld unter den Leuten ist. Die Preise sind zudem enorm. Es ist anzunehmen, daß die Städte und insbesondere die Bewohner von Kiew und Odessa während des Krieges ungeheure Gewinne gemacht haben.

Es ist un schwer zu erkennen, daß das Leben in dieser Weise keine Einigkeit dauern kann. Die Regierung ist mit der Hilfe der deutschen Militärmacht auch bereits dabei, die Ueberbevölkerung der Großstädte zu beheben und die Abwanderung nach den Gegenden, in denen Arbeitskräfte gebraucht werden, vorzubereiten. Wer es lange in Kiew aushalten will, muß über eminente Geldmittel verfügen. Wer einige Ansprüche an das Leben stellt, kann gut und gern jeden Tag 150 Rubel ausgeben. Auf dem platten Lande ist die Unsicherheit noch immer groß. Noch immer läuft man Gefahr, mit unheimlich großen Vandalen in unangenehme Berührung zu kommen — alles Tatsachen, die nicht geeignet sind, alsbald Handelsfreiheit und gesunde Verkehrsverhältnisse zu garantieren. Der einzige produktive Stand, den das Land heute aufweist, ist die Landwirtschaft. Der Bauer allein hat etwas zu verkaufen; so ist er insofern insoweit auch das Geld. Aber es macht sich wiederum der Mißstand bemerkbar, daß es nicht wieder von ihm abhängt, weil es heute nichts gibt, wofür sonst der ukrainische Bauer sein Geld ausgab. Infolge der bekannten Agrarverordnungen der Rada-Republik kann er kein Land erwerben. Auch ist er nicht in der Lage, sein Eigentum zu verbessern durch Anschaffung von Be-

Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Kuerbach, 41. Fortsetzung.

So wähen Diethelm und Medard einander gegenüberstanden. Diethelm zuckte zusammen und fuhr sich mit der Hand über das Gesicht. Er schaute frei umher und auf seine Mitgeschworenen; er erinnerte sich, wo er sah.

Drei volle Tage mit doppelten Sitzungen dauerte die erste Verhandlung, und bei aller ehrenhaften Inhablichkeit an das Gerichtsverfahren klagten die Mitgeschworenen doch auch manchmal über das fremde Leben in fremder Stadt. Sie fühlten sich unbehaglich, beständig in Sonntagskleidern und der Handarbeit ledig umherzugehen; dennoch beteuerte jeder, daß er nicht davon sein möchte, und Diethelm hatte nur gegen die Behauptung Einsprache zu erheben, daß man die Sache zu weitläufig behandle. Der Schultheiß von Kettinghausen, der gleich anfangs sich für ein Schuldig entschieden hatte, erklärte jetzt, daß dieses genaue Erkennen doch einem erst die Augen öffne, und jene seltsame Seelenkürzung trat in vielen Augen, wo man bald mit Bestimmtheit ein Schuldig ansprechen möchte, bald zweifelvoll ist und wiederum ein Nichtschuldig sich herausstellen will.

Der Schultheiß erwarb sich das Lob eines gutherzigen Menschen, da er darlegte, daß man sich nicht, um zeitig zu seinem Mittagessen oder zu seinem Schoppen zu kommen, verlesen lassen dürfe, über das ganze Lebensschicksal eines Menschen rasch den Stab zu brechen.

Diethelm wurde staunend angesehen, als er sagte, ihm gehe es jetzt, wie ihm der Doktor von G. einmal erzählt habe. Als dieser zum erstenmal von der Anatomie kam, sah er immer nichts als aufgeschnittene Menschen vor sich, und so gehe es ihm jetzt auch.

Als endlich am dritten Abend die Verhandlung geschlossen wurde und die Geschworenen sich mit den Fragen zurückzogen, war Diethelm froh, daß er nur Vorspann gewesen war und zurückbleiben durfte. Die Geschworenen kamen bald zurück. Der Schultheiß von Kettinghausen war Obmann, er erklärte die beiden Angeklagten für schuldig.

Als die Verbrecher abgeführt wurden, machte sich Diethelm rasch davon; aber unversehens war er an den unrichtigen Ausgang gekommen und sah plötzlich den Landjäger mit bloßem Schwerte hinter sich. Glücklichweise flopte ihm sein Schwiegerjohn auf die Schulter und nahm ihn mit durch die Gerichtshalle.

Am andern Tage lief einer neuen Verhandlung blieb der Name Diethelm in der Urne, und der Steinbauer wurde richtig wiederum abgelehnt.

Diethelm wußte zwar nicht, was er zu Hause beginnen sollte, aber weil er auf mehrere Tage frei war, lehrte er doch heim. Bewundernd sah er auf dem Wege, wie das Leben der Menschen

draußen, die das nicht miterlebt haben, seinen geregeltsten Gang fortgeht; sie alle dachten nicht an die drohenden Gerichtsverhandlungen und wie jetzt zwei Männer auf Jahrzehnte aus der Mitte der Menschen gerissen waren.

Still und in sich gefehrt weckte Diethelm daheim, und nur abends beim Spiel war er lebendig. Die Leute wunderten sich, warum er so wenig vom Schwurgericht erzählte, er aber wollte es sich aus dem Sinne schlagen und lehrte mühsam wiederum am zweiten Dienstag nach der Kreisstadt zurück.

Achtundzwanzigstes Kapitel.

Der erste Mann, der Diethelm begegnete, war der Steinbauer. Er schien ihn nicht mehr zu kennen, und in der Tat hatte sich die Erscheinung Diethelms auffallend verändert. Er trug jetzt einen dunkelblauen Rock mit Kammkragen, Batten und dunklen leichtenbesponnenen Knöpfen, dazu eine schwarze, bis an den Hals geschlossene Altkasemulle und lange, dunkelblaue Hosen, nur der Hut war der alte geblieben. Teils um selber die kennzeichnende Bauerntracht los zu sein, teils auch um, wie er hoffte, sich seinem Schwiegerjohn genehmer darzustellen, hatte Diethelm seine Erscheinung verändert; überhaupt aber wollte er in jeder Weise ein anderer Mensch sein, er hatte sich genugsam über die Reichmütigkeit geärgert, die ihn an dem Schicksal der abgeurteilten Diebe so besondern Anteil nehmen ließ, daß er noch tagelang dachte, wie sie auf den Schul gebracht, im Zuchthaus eingesperrt und in ein fremdes Dasein gebracht werden. Er suchte gewaltsam seinen alten Stolz wieder hervor und stellte sich hoch über „das Lumpenpaar, das nichts hat und nichts vermag“.

Als er zu seinem Schwiegerjohn kam, bedauerte dieser, daß Diethelm seine ihm wohl antehende Tracht abgelegt habe. Er ging aber bald davon ab und berichtete mit dem freudigen Tönen, das ein Offizier vor der ersten Schlacht empfanden mag, daß er andern Tags stellvertretender Staatsanwalt sein werde, und zwar in der Angelegenheit Reppenbergers, der erst vor kurzem eingekerkert, aber noch in dieser Gerichtsperiode abgeurteilt werde, sowohl um ihn nicht noch auf ein Vierteljahr im Saß liegen lassen, als auch um rasch ein abschreckendes Beispiel gegen das überhandnehmende Verbrechen zu geben.

„Ich kenn' den Reppenberger, was hat er denn? Ich hab' noch gar nichts davon gehört“, sagte Diethelm.

„Die Sache war schon angelegt“, erwiderte der stellvertretende Staatsanwalt, „er hat eine Branntweimbrennerei, hat sie hoch verpfichtet, angezündet und sich davon gemacht; er hat aber nicht an den Zugwind gedacht, und das Feuer ist zu früh ausgebrochen, am hellen Tag, man hat gesehen und gefunden, daß die Fässer, in denen Branntwein sein sollte, nichts als Wasser enthalten. Zwölf Jahre Zuchthaus sind ihm gewis. Es ist Brandstiftung und Betrug.“

„Das ist ein schöner Spaß.“

„Wie's Spaß?“

„Ich hab' nicht glaubt, daß Sie mir mit so einem Spaß machen. Das lassen Sie sich gesagt sein, das ist ein Punkt, wo man mich nicht anfassen darf, da bin ich kitzig und hau' um mich, sei es, wer es wolle, da besteht' ich keinen Spaß.“

Der Schwiegerjohn bemerkte, daß er nur ernste, wirkliche Tatsachen berichtet habe, und daß Diethelm verwundert an; dieser erkannte schnell, daß er sich anders gebahren müßte, und seine geübte Berstellungskunst kam ihm zutratzen, er tat, als ob er den Vorgang mit Reppenberger schon längst kenne und darüber geschickter habe, da der Schwiegerjohn voraussagen könne, daß er sich von dieser Sache dispensieren lasse; denn diese Verhandlungen griffen ihn überhaupt zu sehr an und zumal die drohende gegen den Reppenberger, der ein alter Bekannter von ihm sei. Der Schwiegerjohn bemerkte, daß es Aufsehen machen werde, wenn sich Diethelm gerade hiervon dispensieren lasse, er solle vielmehr ihm zuliebe dabei sein.

„Warum Euch zuliebe? Habt Ihr auch noch was im Hinterkopf gegen mich?“ fragte Diethelm, und seine Augen rollten.

„Ich meine: mir zuliebe, weil ich gern möchte, daß mein Schwiegervater dabei wäre, wenn ich zum erstenmal im Feuer stehe.“

„Ich kann ja auch als Zuhörer dabei sein“, schloß Diethelm, brach ab und plauderte mit seinem Schwiegerjohn über allerlei toll heiterer Lauge.

Am Abend machte sich Diethelm auf zu dem Rechtsanwält Rothmann, der der bestellte Verteidiger Reppenbergers war. Dieser mußte ihm den Gefallen tun und von seinem Rechte Gebrauch machen, die ihm nicht genehmen Geschworenen abzulehnen und dafür aus der Ueberszahl einen andern zu nehmen. Erst im Zimmer Rothmanns fiel ihm ein, daß sich eine Bitte gefährlich und nutzlos sei. Gerade weil er ein alter Freund Reppenbergers war, mußte dessen Verteidiger ihn festhalten. Er sprach daher auch mit Rothmann allerlei, aber nichts eigentlich über die Angelegenheit Reppenbergers. Nur beiläufig bemerkte er, daß die Geschworenen böse gestimmt werden, wenn man Sachen, die nicht dabei gehören, anbringe. Er hoffte, daß ihn Rothmann verstanden habe und von dem ihn betroffenen Fall nichts erwähnen werde. Rothmann nickte still. Es kam Diethelm der Gedanke, zu dem Vorstehenden zu gehen und ihm zu sagen, daß er heim müße, seine Frau sei todkrank, aber er magte es doch nicht, dies auszusprechen. Er ging noch in das Wirtshaus, wo sich in der Regel die Geschworenen versammelten, und hier kam es endlich zu heftigem Streit zwischen ihm und dem Steinbauern, dessen schiefer, aber auch boshafter und verurteilungsstüchtiger Charakter ihm stets zuwider gewesen war.

Arbeitsmitteln und ähnlichen Dingen. So hat der Bauer das Geld in Händen, ist nicht gezwungen, zu verkaufen und — ruht diese vorteilhafte wirtschaftliche Situation außerordentlich aus. Er wird darin beharrt durch die Konkurrenz, die sich die Verkäufer gegenseitig machen. Es war keine Seltenheit, daß er beim Verkauf die festgesetzte Höchstpreis um das Fünffache bis Sechsfache überbietet. So unglücklich es klingen mag, es ist das Fünffache des Friedenspreises für landwirtschaftliche Produkte bezahlt worden.

In diesem wirtschaftlichen Wirrwarr ist einige Ordnung, seitdem die ukrainische Regierung mit den Mittelmächten zum gegenseitigen Güteraustausch in Verbindung getreten ist. Um diesen Güteraustausch planmäßig durchzuführen, sind zwei Organisationen gegründet, die „Deutsche Ausfuhr“ und der „Nahrungsmittelrat“. Am „Nahrungsmittelrat“ steht Herr von Graevenitz. Die Aufgabe dieser Organisation ist der einheitliche Einkauf und die Weiterverteilung der von auswärts nach der Ukraine zu liefernden Gegenstände an Kohlen und Industrieprodukten, die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse usw. Die „Deutsche Ausfuhr“ verfolgt das gleiche Ziel, doch sind die Aufgaben, die die beiden Organisationen haben, selbstverständlich getrennt. Die Wirkungen dieser beiden Organisationen machen sich schon bemerkbar. Beide haben selbstverständlich mit den Mittelmächten in Verbindung und es ist ihr Verdienst, daß sie dort die Auffassung gestärkt haben, daß wir kein Verzicht auf die Ukraine rechnen konnten, wenn wir diese Ukraine nicht mit unseren Gegenständen an Industrieprodukten, Kohlen usw. befristeten. Die Kohlenlieferung hat Deutschland übernommen. Schwierig ist noch immer die Geldfrage. In den umlaufenden Zahlungsmitteln herrscht ein unglücklicher Wirrwarr. Stroh macht sich den Fehlen von Wechselgeld bemerkbar. Käufer der Verhältnisse nehmen an, daß es gehandelt werden ist, um bei den Stellen, die unbedingt Wechselgeld haben müssen, gegen entsprechendes Tausch abzugeben zu werden. Als Wechselgeldersatz spielen die Reichsmark in allen möglichen Formen und Farben eine große Rolle. Bei den umlaufenden Geldnoten sind wenig beliebt die Duma-Markel, lieber werden genommen die Krennik-Noten, am begehrtesten sind der Zaren-Markel und die deutsche Mark. Mit der Lösung der Währungsfrage ist man beschäftigt. Die Optimisten unter den Sachverständigen nehmen an, daß sich mit der Gesundung des Wirtschaftlebens die Währungsfrage von selbst regeln werde.

Die Ausfuhr nach Deutschland macht, soweit ich beobachten konnte, gute Fortschritte. Die Getreide-, Zucker- und Schlachtfleischlieferungen gehen sich gut abwärts. Auch Eier und Geflügel gehen in großen Massen ab. Sehr viel kommt aus den Gebieten der deutschen Kolonien, bei denen sich große Bereitwilligkeit zeigt, der deutschen Heimat mit Lieferungen zu helfen. Diese deutschen Kolonien liegen mit in den besten Gebieten.

Interessant war es, zu beobachten, wie auf dem Sammelbahnhofe die ersten deutschen Bedarfswaren eingingen. Es war ein Zug von 70 Waggons, der besonders landwirtschaftliche Maschinen und Geräte brachte. Zum „Empfang“ waren ukrainische Minister sowie Vertreter der Partei auf dem Bahnhof erschienen und Käufer die große Menge. Allgemein wurde nach den bekannten deutschen Fabrikmarken gefragt, und es herrschte lebhaftes Interesse, wenn sie entdeckt wurden. Die Pacific der deutschen Waren entsprechen natürlich den Bedürfnissen, die wir — für das ukrainische Getreide bezahlen.

Ukrainische Protesten in Groß-Rußland.

Während sich noch die Friedensverhandlungen zwischen Groß-Rußland und der Ukraine in der Schwebe befinden und insbesondere über die Demarkationslinie, d. h. die künftige Grenze zwischen den beiden Staaten, keine Einigung erzielt ist, beginnt innerhalb Groß-Rußlands ein lebhaftes Treiben, das die weitere Zerschlagung des ehemaligen Zarreiches zum Ziel hat, mit deutlicher Neigung, das Schicksal der Ukraine nachzuschauen.

Dem ukrainischen Botschaftern Serkin wird aus Kiew gemeldet, der Vorsitz der ukrainischen Friedensdelegation beschloß vor eine Reihe von Anordnungen aus den Gouvernements Kurland, Mowisch und Tschernigow empfangen, die die Bitte aussprechen, daß diese Gegenden nicht unter der Regierung der Sowjets bleiben sollten. Ferner ist in Kiew eine Abordnung der Don-Republik entsandt, die Verhandlungen zum ukrainischen Staatsantritt anknüpft. Sie besteht aus Generalleutnant Swietitschin, Generalmajor Tschernomir, Generalmajor Karaschew und außerdem Sachverständigen in Eisenbahnen. Die Abordnung beginnt in diesen Tagen Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung. Sie hat der Ukraine, freundschaftliche Beziehungen zur Ukraine anzuknüpfen und erklärt die Einmischung der russischen Delegation in ukrainisch-deutsche Fragen für unzulässig.

In Kiew ist gleichzeitig eine Abordnung der Kuban-Regierung entsandt, bestehend aus dem Vorsitzenden der Kuban-Revolutionäre Kowalow, dem Sitten Schagin-Girez und anderen. Die Abordnung hat die Aufgabe, offizielle Beziehungen mit der Ukraine anzuknüpfen. Die Mitglieder der Delegation berichten, daß die Lage der Kubanrevol. im Kuban sich sehr günstig entwickelt. In verschiedenen Teilen des Gebietes werden die Kubaner gegen die Bolschewiki. Gegen Beispiele fanden bei Umanow statt. Nach den letzten Meldungen ist dort die revolutionäre Bewegung geschlossen worden.

Das ukrainische Reichsbureau bemerkt dazu: Die Maßnahmen offizieller Beziehungen zwischen dem ukrainischen Staat, dem Reich und Kuban-Gebiete, der wehrmachtlichen Volkspublik und die Tatsache, daß sich unter Kubanern nach Kiew gewandt haben, sind ein Beweis, daß eine bedeutende Rolle der ukrainische Staat besitzt, der innerhalb des ehemaligen Groß-Rußland steht. Die Politik der Ukraine führt dadurch eine außerordentlich wichtige moralische Unterstützung Groß-Rußland gegenüber und durch weitere Festigung erhalten. Auch für die innerpolitischen Verhältnisse in der Ukraine wird die Anerkennung der ukrainischen Stellung nicht ohne günstige Rückwirkung bleiben.

Ein anderer Artikel hat das noch bezeugt, daß die russische Sowjetregierung durch ihre Loslösungsbestrebungen aller möglichen Volksteile genötigt werden soll, sich den Bedingungen der ukrainischen Regierung, die von den Mittelmächten jetzt offiziell anerkannt ist, willfährig zu erweisen, weil man sich sonst auf dem von eingeschlagenen Wege nach und nach die Ukraine über immer weitere Gebiete Groß-Rußlands aus den Händen werden wird. Der gleiche Artikel deutet ebenfalls auch die nachstehende Richtung an Kiew:

Die ukrainische Reichsbureau bemerkt dazu: Die Maßnahmen offizieller Beziehungen zwischen dem ukrainischen Staat, dem Reich und Kuban-Gebiete, der wehrmachtlichen Volkspublik und die Tatsache, daß sich unter Kubanern nach Kiew gewandt haben, sind ein Beweis, daß eine bedeutende Rolle der ukrainische Staat besitzt, der innerhalb des ehemaligen Groß-Rußland steht. Die Politik der Ukraine führt dadurch eine außerordentlich wichtige moralische Unterstützung Groß-Rußland gegenüber und durch weitere Festigung erhalten. Auch für die innerpolitischen Verhältnisse in der Ukraine wird die Anerkennung der ukrainischen Stellung nicht ohne günstige Rückwirkung bleiben.

Deutscher Reichstag.

Mittwoch, 3. Juli 1918.
167. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.
Im Winterkammeraal, Berlin.
Zur Beratung gelangt der Entwurf betreffend die

Erhöhung der Abgeordnetenbezüge.

Abg. Dove (Volksp.) tritt für die Aufwandsentschädigung an den Präsidenten ein.

Abg. Graf Westarp (Kons.) wendet sich gegen diesen Vorschlag. Dem Präsidenten stehen besondere Repräsentationspflichten nicht zu. (Lachen links.)

Staatssekretär Wallraf sagt Beachtung des Wunsches zu. Das Gesetz wird sogleich in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen.

Zensur und Belagerungszustand

wird fortgesetzt.

Abg. Gothein (Volksp.): Die Pressezensur wird zu engherzig und schärf gefaßt, besonders auch von Seiten der Zensurinstanzen der Admiraltät. Mit dem dauernden Hinweis auf die Wirkung im Ausland kann man schließlich alles verbieten. Eine einseitige politische Handhabung der Zensur kann nicht abgelehnt werden. Der Redner führt eine Reihe von Beispielen an. Selbst Veröffentlichungen eines Kapitäns zur See, der doch sicher den Feinden kein Material liefern wird, wurden von der Zensur verboten. Im Gegensatz zu dieser Strenge wird nach einer anderen Seite hin eine liebevolle Duldsamkeit bewiesen. Der Redner bringt Beispiele aus der „Deutschen Tageszeitung“ und anderen wahlrechtsfeindlichen Zeitungen, die nicht nur beispiellose Beschimpfungen weiter Volksteile, sondern auch persönliche Beleidigungen der Staatsmänner enthalten, die die Vorlage eingebracht haben. Noch heute haben wir den verächtlichsten Kriegszustand in Festungen wie Königsberg, die dem Feinde nicht mehr im geringsten bedroht sind. In allen diesen Städten herrschen die Kriegszustände mit ihrer summatrischen Justiz und der absoluten Präventivzensur. Es ist nicht zuviel gesagt, daß die Zensur nur ein Mittel darstellt, die Mehrheit des Volkes gegen die Schwächungen einer Minderheit wehrlos zu machen! Die Zustände im Vereins- und Versammlungsrecht sind geradezu unerträglich geworden. Hätte man zu Anfang des Krieges gewußt, daß wir vier Jahre lang unter dem Belagerungszustand würden leben müssen, wären Regierung und Reichstag zweifellos für Aenderung des Belagerungszustandsgesetzes geworfen. Inzwischen ist aber die Gewöhnung an das Scheußliche eingetreten. Ganz besonders schroff ist die Bekämpfung der Pazifisten. Alle Milde und Sachlichkeit, mit der friedensfreundliche Bestrebungen auftraten, die Unantastbarkeit der parlamentarischen Meinung ihrer Träger, liegen nicht davor, daß ihre Willens- und Meinungsäußerung unterbunden werden. Redner führt auch hier viele Einzelfälle an. Ich habe so ausführlich über diese ganzen Dinge gesprochen, weil ich der Kriegsminister wegwerfend meinte, die paar Fälle beweisen nichts, und weil der Staatssekretär gestern auch wieder gesagt hat, die Handhabung der Zensur sei inzwischen viel besser geworden. Das deutsche Volk kann diese Verhältnisse nicht weiter dulden. Die Bekämpfung der Presse durch den Militärüberbeherrscher hat sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Er hat gar nicht die Zeit, sich diesen Dingen zu widmen, sondern muß ihre Erleugung untergeordneten Instanzen überlassen. Das verbittert aber das Verhältnis zwischen Reichstag und Kriegsminister. Es handelt sich hier um die hochwichtige Frage, daß eine Einheitlichkeit in der Politik bestehen muß. Daher müssen wir verlangen, daß die Oberaufsicht einer anderen Stelle übergeben wird. Der Reichstag hat beschlossen, sie dem Reichsanwalt zu übergeben. Es läßt sich darüber reden, ob das zweckmäßig ist. Selt der Bundesrat diesen Weg nicht für richtig, so hat er die Pflicht, einen anderen gangbaren Weg zu zeigen. (Beif. Beifall links.)

General v. Wriesberg: Aus den Ausführungen der Vordr. mußte man den Eindruck gewinnen, als wenn von den militärischen Stellen jeder Versammlungstätigkeit entgegengeartet wird. Davon ist aber keine Rede. In den Monaten Dezember 1917 und Januar 1918 haben in Preußen insgesamt 8011 Versammlungen stattgefunden, verboten wurden 99. Die Vaterlandspartei hat 549 Versammlungen einberufen, verboten wurden 14. Diese Zahlen sprechen für sich. Ich werde diese interessante Statistik weiter führen lassen. Ungerechtigkeiten kommen selbstverständlich vor, aber das Bestreben geht dahin, sie zu beseitigen. Bei der Beurteilung der Einzelfälle muß man auch die andere Seite hören, sonst kommt man zu einseitigen Schlüssen. Ueber manche Einzelfälle kann ich keine Auskunft geben, weil mir das Material fehlt. Aber viele Fälle ist schon im Ausschuss gesprochen worden. Was den von dem Abg. Bauer vorgebrachten Fall der Auskunfts des deutschen Geheimpolizisten 727 anlangt, so ist ein allgemeines Verbot seitens der Heeresverwaltung oder einer Heeresstelle in Bezug auf die Nichtausgabe von Zeitungen nicht ergangen. Wenn also ein Einzelfall gegenüber dem „Vorwärts“ vorgekommen ist, so kann das nur auf einer fehlerhaften Vorrichtung einer Unterstelle beruhen oder es können die Verhältnisse plötzlich einen solchen Fehler veranlassen haben. Herr Scheibemann hat im Ausschuss wegen des Verbots des „Vorwärts“ in Rumänien angefragt. Ich habe inzwischen festgestellt, daß von einem solchen Verbot nicht die Rede ist. (Abg. Ebert: Es handelt sich um eine besondere Zensur, die dort ausgesetzt wird.) Dann hat der Abg. Bauer einen Entsch. kritisiert, in dem es heißt: Die Versammlungen, in denen Hezer sprechen sollen, soll man verbieten. Gewiß, das ist der Standpunkt der Heeresverwaltung. Ihre Aufgabe ist es ja, die Ruhe und Ordnung zu sorgen; wie kann sie da politische Hezer inszenieren lassen. (Lachen bei den Soz.) Man sagt, der Begriff Hezer sei sehr weitgehend. (Sehr wahr! bei den Soz.) Abg. Bauer: (Denkungs-Journale!) Wie weit der Begriff von dem betreffenden Generalkommando gefaßt wird, beweist die Tatsache, daß nicht eine Versammlung mit dieser Begründung verboten worden ist. Die Versammlung, in der über den Würzburger Parteitag berichtet werden sollte, ist nicht, wie Herr Bauer anführte, verboten worden, weil politische Dinge dabei zur Sprache kommen könnten, sondern weil öffentliche politische Versammlungen, die in dem Bezirk verboten sind, auch solche Mitgliederversammlungen gleichgestellt werden, die wegen der unüberschaubaren Zahl der Teilnehmer den Eindruck von öffentlichen Versammlungen machen. (Lachen bei den Soz.) Zurück: Damit kann man alles verbieten! Was das vielangelegte stellvertretende Generalkommando des 6. Armeekorps anlangt, so sind durch die neuesten Bestimmungen die Fragen abgeklärt. Die Genehmigung zu Versammlungen wird jetzt so zeitig erteilt, daß sie vorbereitet werden können. Anträge, die bedenkenfrei sind, werden sofort genehmigt und den Antragstellern davon Mitteilung gemacht. Die anderen Anträge werden dem zuständigen Landrat oder Polizeibeamten zur Stellungnahme überwiesen, die umgebend Berichte einzuenden haben. Das stellvertretende Generalkommando ist auch jeden Augenblick telephonisch erreichbar und wird, wenn bei einem Streit ein Arbeitertribunal die Bitte ausspricht, zur Beruhigung der Arbeiter eine Versammlung einberufen zu können, dies nach Prüfung der Sache nicht verbieten. Im Übrigen verweise ich darauf, daß der Obermilitärbeherrscher in der neuesten Bestimmung vom 20. Mai 1918 ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß keine unzulässigen Einschränkungen der Versammlungstätigkeit erfolgen dürfen. Dazu gehört auch die Forderung langfristiger Anmeldung vor Abhaltung einer Versammlung. Was die Verurteilung des Herrn Schölich anlangt, so habe ich mich persönlich für ihn sehr warm eingesetzt. Das Generalkommando hat aber die Verwendung des Herrn Schölich in der bisherigen Tätigkeit abgelehnt, und zwar weil Herr Schölich doch in seinen Ausführungen manchmal solche Kränkelsreden ausspricht, die manchmal nicht gebuldet werden können. (Lachen bei den Soz.) Wenn solche Kränkelsreden noch gebuldet werden, so können Sie es immer toller treibenden Generalkommando verüben, wenn es das nicht duldet. Uebrigens sind die Verbote noch nicht abgehoben, und es ist noch möglich, Herr Schölich anders zu verwenden. (Zuruf bei den Soz.: Was ist Kränkelsrede?) J. S.: Die ganzen Verfügungen sollte man vorweg von dem Bundesrat an die Oden schlagen! (Große Heiterkeit bei den Soz.) Sie haben, aber ebenso laßt das Volk, und das soll das stellvertretende Generalkommando dulden! (Erneute Heiterkeit bei den Soz.) In die Reichsversammlung über das Vorgehen gegen den Pazifismus kann ich Herrn Gothein heute nicht antworten, weil ich das Material zum Teil nicht kenne. Und

teilweise habe ich auch schon im Ausschuss darauf geantwortet. Der Standpunkt der Heeresverwaltung hinsichtlich der Verwaltungsverfügung ist in der Verfügung vom 17. Januar 1917 vom Kriegsministerium niedergelegt. Da heißt es: „Der Zweck aller Verfügungen auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand ergibt sich aus dem Interesse der öffentlichen Sicherheit. Es soll verhindert werden, daß bei der Versammlungstätigkeit aller Art durch verheerende Agitation die zuverlässigste siegesfrohe Stimmung beeinträchtigt und gestört wird. Auch darf nicht gebuldet werden, daß Versammlungen Anlaß zu Ausschreitungen und Unruhen geben. Alle über dies Maß hinausgehende Beschränkungen sind schädlich.“ Der Entsch. vom 25. September 1917 sagt: „Die Möglichkeit, die wirtschaftlichen Interessen der von ihnen vertretenen Berufsgruppen wahrzunehmen, muß den Gewerkschaften gewährleistet werden.“ (Abg. Bauer: Es müßte die schönen Redensarten, wenn nicht danach gehandelt wird!) Die Heeresverwaltung ist bereit, bei normaler Lage alles zu tun, um der Versammlungstätigkeit den weitesten Spielraum zu lassen. (Erneuter Zuruf bei den Soz.: Redensarten!)

Chef des Presseamtes im Kriegsministerium von den Berg hat auf die Antwort auf die von dem Abg. Bauer, Neuenberg und Gothein vorgebrachten Einzelbeispiele.

Abg. Graf (Kons.): Das Interesse des deutschen Volkes an den Redensarten des Reichstages ist nur ein geringes. (Lachen und Widerspruch links.) Die Feldgrauen werden auf das Lachen und Spötteln der Herren von der Linken die Antwort nicht schuldig bleiben. (Lachen links und Zwischenrufe.) Mit der Zensur ist es zweifellos besser geworden. Die größere Freiheit beanspruchten Sie (nach links) nur für sich, an Geschäftigkeit ist die Presse der Linken ganz und gar nicht arm. Im übrigen wollen auch wir Pressefreiheit haben, weil wir an der Erhaltung des künstlichen Burgfriedens schon lange nicht mehr interessiert sind. Der Antrag, der den Reichsanwalt zum Zensoren machen will, ist widerständig, das militärische Interesse kann nur von den Militärs richtig vertreten werden. (Beifall rechts.)

Ueber einen Verlegungsantrag wird durch Hammelsprung abgestimmt. Es ergibt sich die Beschlussfähigkeit des Hauses.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Wahl des Präsidenten, Fortsetzung der Debatte.)
Schluß 5 1/2 Uhr.

Georg Plechanow †.

Sein Leben und Wirken.

Georg Valentinowitsch Plechanow, der Begründer der russischen Sozialdemokratie und der Verbreiter der marxistischen Lehren im Rußland, ist am 30. Mai in einem finnischen Sanatorium an einem Lungenleiden gestorben. Er war im Jahre 1857 geboren und stammte aus bürgerlichen Kreisen. Nach Beendigung des Gymnasiums besuchte er die Bergakademie zu Petersburg, wo er sich im Jahre 1875 der revolutionären Bewegung anschloß. Um jene Zeit herrschte die Strömung der „Narodnik“ vor, die die Zukunft Rußlands in dem in kommunistischen Organisationen lebenden Bauerntum erblickte. Die revolutionäre Partei, die diese Strömung vertrat, hieß „Sjemia i Wolja“ (Land und Freiheit). Den politischen Kampf betrachtete sie als untergeordnet. Bald spaltete sich die Partei in zwei Gruppen. Eine war die berühmte „Narodnaja Wolja“ (Volkswelt), die den terroristischen Kampf gegen die Zarschraunerie und den Zarismus aufnahm, also in erster Linie umfassende politische Ziele im Auge hatte. Es waren die Mitglieder dieser Partei, die Attentate verübten und schließlich den Zaren Alexander II. gewaltsam beseitigten. Die andere Gruppe verfolgte vornehmlich sozialistisch-agrarische Ziele und nannte sich „Tschorny Werschel“ (Neue Bodenverteilung), die von dem bekannten Sozialphilosophen Peter Lawrow geführt wurde. Dieser Gruppe schloß sich auch Plechanow an.

Nach den umfassenden Verfolgungen der Revolutionäre und Sozialisten zu Ende der siebziger Jahre, verließ Plechanow seine Heimat und wanderte nach der Schweiz aus. Hier begann er Marx zu studieren. Das erste Ergebnis seiner Studien war eine Marxorientierung seiner sozialistisch-revolutionären Auffassungen: nicht das alte agrarkommunistische Bauerntum, sondern das moderne Proletariat erschien ihm als der Träger der gesellschaftlichen Umwälzung. Während seine früheren Parteigenossen die Notwendigkeit der industriellen Entwicklung für Rußland bestritten, trat Plechanow als Marx für die Förderung des Kapitalismus in Rußland ein, denn nur hierdurch könnten die Bedingungen für den modernen Sozialismus geschaffen werden. Der Narodnik erachtete die Lehre Plechanows als eine große Herelei, denn sie erblickte im entstehenden Kapitalismus den Vernichter des agrarkommunistischen Bauerntums, das für sie die Grundlage des russischen Sozialismus bildete. In diesem Widerstreit der Meinungen schärfte sich das polemische Talent Plechanows. Ausgerüstet mit den geschichtlichen und wirtschaftlichen Lehren Marzens, war es für Plechanow nicht schwierig, der Narodnik beizukommen. Man darf überhaupt sagen, daß die materialistische Gesichtsauffassung das wirksamste und hilfreichste Werkzeug Plechanows war. Mit ihrer Hilfe verband er sein bruchstückartiges Wissen zu einem Ganzen. Ob er die sozialen Gedanken der Narodnik kritisierte, oder philosophische und literarische Gegenstände behandelte, immer war es der marxistische Materialismus, der ihm als das vornehmste Hilfsmittel diente und immer auf dieselbe Art und Weise.

Seine Abrechnung mit den Narodnik, die Rechtfertigung seiner Trennung von ihnen setzte er zu Anfang der achtziger Jahre in einer Broschüre auseinander, die unter dem Titel „Unsere Meinungsverschiedenheiten“ erschien. Im Jahre 1883 schuf er die erste sozialdemokratische Organisation Rußlands: die „Gruppe der Arbeiterbefreiung“. Ende der achtziger Jahre begann er für deutsche sozialdemokratische Zeitungen zu schreiben, wo er Studien über Tschernomirskij, den historischen Materialismus und Hegel veröffentlichte. Seit 1895 wurde er auch in russischen bürgerlichen Kreisen bekannt, als er unter dem Pseudonym Sefkow die materialistische Gesichtsauffassung behandelte.

Schon Plechanow seine wissenschaftlichen Leistungen deutscher Geistesarbeit zu verdanken hatte, gehörte er politisch und kulturell immer zu Frankreich. Marx und Hegel waren ihm nur große Schulmeister, die Franzosen aber waren seine Muster und geistigen Führer. Seine starke Betonung der Notwendigkeit des Kapitalismus für Rußland, sowie seine französischen Sympathien erklären die deutschfeindliche Haltung, die er unmittelbar nach Beginn des Weltkrieges eingenommen hat. Sein Vorurteil, daß Deutschland die wirtschaftliche Entfaltung Rußlands hinderte und daß deshalb die Störung der russischen Industrie nur bei einer Schwächung Deutschlands zu erzielen wäre, veranlaßte ihn, gegen Deutschland Stellung zu nehmen. Dieses Vorurteil verhinderte ihn auch, eine seiner großen sozialistischen Vergangenheit entsprechende Stellung in der russischen Revolution einzunehmen: Seine kriegsbezügliche Agitation entfremdete ihm die Sympathien des russischen Proletariats. Seine Rückkehr nach Rußland im April 1917 weckte in den Kreisen der Petersburger Arbeiter keineswegs diejenige Begeisterung, die man hätte erwarten können. Er, der Begründer der russischen Sozialdemokratie, bewegte sich als Fremder unter den Sozialisten Rußlands. Sein Organ „Tschernomir“ wurde wenig gelesen. Plechanow hatte sich geistig überlebt. Sein Hinsterben hinterläßt keine unausfüllbare Lücke.

Aus dem Gerichtssaal.

Zu 10 Jahren Gefängnis wurde vom Kriegsgericht der Kommandantur Berlin ein französischer Kriegsgefangener, ein Oberleutnant, verurteilt, weil er veruchte, auf einem Kohlfeld, wo er zu arbeiten hatte, die Kohlpflanzen durch Vernichten der Reime zu zerstören.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Berleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lüneburg.